

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.,  
3 Monate 6,75 M., jährlich 24 M. (Zustel-  
lung ins Haus) im Voraus zahlbar.  
Beitrag 3,97 M. einschließlich 50 Pf.  
Postgebühren und 75 Pf. Postwertsteu-  
ern. Auslandsendungen 5,00 M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Posttarif 4,50 M.

Das „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Feiertags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Sonntagsausgabe  
„Welt und Zeit“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Ein Anspalt, 20 Zentimeter, 20 Pf.  
Beilage 2.- M. „Kleine An-  
zeigen“ das fertige Blatt 20 Pf.  
In die 10. und 11. Spalte des  
weiteren Blatt 10 Pf. Rabatt 11. Spalte  
weiter über 15 Spalten zahlen für  
zwei Spalten. Arbeitsmarkt, 20 Zentimeter  
20 Pf. Familienanzeigen 20 Zentimeter  
20 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäft Einbehalten 2  
monatlich von 9 bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-  
rechnung nicht geschweiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernnr.: Dönhoff (A 7) 593-597 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 97 556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. O. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

# Die Eiserne Front ruft!

## Schlagt Hitler, mehr Stimmen für Hindenburg!

### An alle freiheitlich gesinnten Frauen und Männer!

Am 13. März brach der faschistische General-  
angriff auf die freiheitlichen Rechte des deutschen  
Volkes zusammen. Frauen und Männer der Eisernen  
Front! Vollendet den Sieg, den ihr erstritten!

Niemand lasse sich durch die Behauptung be-  
irren, der Wahlgang am 10. April habe nur formale  
Bedeutung. **Der 13. März brachte die Niederlage  
Hitlers. Der 10. April muß mit der Wahl Hindenburgs  
den Zusammenbruch der nationalsozialistischen  
Bewegung herbeiführen.**

### Schlagt Hitler – mehr Stimmen für Hindenburg! Das ist die Parole für den 10. April!

Kehrt mit eisernem Besen Deutschland rein von  
Bürgerkriegsbanden und Beutepolitikern. Einem  
Gewitter gleich muß der 10. April die politische  
Atmosphäre Deutschlands reinigen von allen  
Drohungen mit Gewalt und Bürgerkrieg. Fort mit  
der Privatarmee eines Abenteurers!

Fort mit der SA!

Innerpolitische Stabilität ist die erste Voraus-  
setzung für die wirtschaftliche **Gesundung Deutsch-  
lands**. Nur ein Deutschland, das nicht mehr vom  
Hitler-Fieber geschüttelt wird, kann die Kraft ent-  
wickeln, die zur Ueberwindung der Arbeitslosig-  
keit erforderlich ist.

**Hitler heißt: Inflation!**

**Hitler heißt: Vernichtung der sozialen  
Einrichtungen!**

**Hitler heißt: Preisgabe der Arbeits-  
losen, Arbeitsinvaliden  
und Kriegsopter!**

**Hitler heißt: Krieg, Not, Hunger und  
Elend für das ganze  
deutsche Volk!**

**Kämpfer der Eisernen Front!** Geht hinaus aufs  
flache Land! Sagt den Bauern, daß es Wahnwitz ist,  
wenn sie noch länger Politik gegen ihre Kundschaft

in den Städten treiben. Kein Zoll- und Steuerzauber  
kann die Wirkungen sinkender Kaufkraft aufheben.

### „Arbeiternot ist Bauerntod!“

Die breiten Verbrauchermassen der Städte sind  
die natürlichen Bundesgenossen der Bauern. Allein  
das Bündnis zwischen den Arbeitenden in Stadt  
und Land gibt die politische Macht, die ein neues  
Deutschland zu schaffen vermag. Ein Deutsch-  
land ohne Hunger und Not, ein Deutschland der  
nutzbringenden Arbeit für alle, für den Bauern und  
für den Arbeiter.

**Beamte, Gewerbetreibende und Angehörige  
freier Berufe!** Macht Schluß mit dem frevelhaften  
Spiel, das mit euch und dem Schicksal des deut-  
schen Volkes getrieben wird.

Die Geschichte wird ein hartes Urteil über alle  
fällen, die auch am 10. April noch töricht genug sind,  
trotz der Lehren des 13. März für Hitler und seine  
Bürgerkriegsarmee zu stimmen.

### Wer Hitler oder Thälmann wählt, ge- fährdet seine und seiner Familie Existenz!

Hütet euch, das kostbare Gut der politischen  
Freiheit preiszugeben!

Thälmann ist diesmal nicht nur Moskaus Zählmann.  
**Jede Thälmann-Stimme am 10. April ist eine Hitler-  
Stimme. Wer Hitler schlagen will, wählt Hindenburg!**  
Der 10. April ist zugleich eine Vorentscheidung  
für die Landtagswahlen am 24. April.

**Frauen und Männer der Eisernen Front!  
Viel wird von euch gefordert! Wochen  
der Opfer und Kämpfe liegen hinter  
euch – neue Wochen schwerer Kämpfe  
stehen euch bevor! Es geht um Großes!  
Kämpft weiter! Vorwärts zum neuen  
Angriff auf der ganzen Linie! Keine  
Ruhe dem geschlagenen Gegner! Am  
10. April muß sich Hitler noch einmal  
stellen, um noch schwerer geschlagen  
zu werden. Mehr Stimmen für Hinden-  
burg – das ist Hitlers politischer Tod!**

## Vorwärts für Volksrechte, gegen Diktatur!

Berlin, den 2. April 1932.

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front.

## An alle Gewerkschaftsmitglieder! Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Am 13. März habt Ihr Hitler geschlagen.  
Ihr habt die erste Schlacht gewonnen. Jetzt  
gilt es, Euren Sieg auszunützen. Die Reihen Eurer  
Feinde sind erschüttert. Sie müssen zum zweiten  
Male und noch vernichtender geschlagen werden.  
Keiner darf am 10. April an der Wahlurne fehlen.  
Wer sich der Stimme enthält, ist fahnenflüchtig. Wer  
jetzt noch seine Stimme Thälmann gibt, ist ein poli-  
tischer Narr. Wer für Hitler stimmt, schmeidet sich  
und Euch neue Ketten.

**Jede Stimme für Hindenburg ist ein Hammer-  
schlag gegen die Feinde Eurer Freiheit!**

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund  
Leipzig

Allgemeiner freier Angestellten-Bund  
Auffhäuser

Allgemeiner Deutscher Beamten-Bund  
Falkenberg

## Wie lebt der Arbeiter?

### Die Folgen des Lohnabbaus.

Auf die Frage nach dem gegenwärtigen Stand der  
Lebenshaltung der Arbeiterklasse in Deutschland geben die  
Ergebnisse einer statistischen Erhebung des Einheitsver-  
bandes der Eisenbahner Antwort. Dieser Verband  
hatte bereits im Jahre 1929 unter seinen Mitgliedern eine  
Erhebung von Wirtschaftsrechnungen vorge-  
nommen, um Aufschluß über den damaligen Stand der  
Lebenshaltung des Reichsbahnpersonals zu erhalten. Die  
großen Einkommensverluste seiner Mitglieder durch Lohn-  
abbau und Kurzarbeit haben ihn im Januar 1932 veranlaßt,  
eine ähnliche Untersuchung durchzuführen mit dem Ziel, fest-  
zustellen, wie hoch das Arbeitseinkommen der Reichsbahn-  
arbeiter tatsächlich ist und welche Wirkungen die Minderein-  
nahmen auf die Haushaltsführung der Arbeiter-  
familie ausüben. Die Ergebnisse dieser Statistik, die sich im  
Gegensatz zu der ganzjährigen Erhebung vom Jahre 1929 über  
vier Wochen erstreckt hat, und an der sowohl Arbeiter aller  
Lohngruppen und Wirtschaftsgebiete, als auch Vollbeschäftigte  
und Kurzarbeiter beteiligt waren, vermittelten einen auf-  
schlußreichen Einblick in die gegenwärtigen Einkommensver-  
hältnisse und in die Beschaffenheit der Lebenshaltung der  
Reichsbahnarbeiter und ihrer Familien. Die Feststellungen  
treffen aber auch zweifellos für weite Kreise der übrigen  
deutschen Arbeiterschaft zu, die unter gleichen oder ähnlichen  
Umständen arbeiten und leben.

Die hauptberufliche Tätigkeit bringt gegenwärtig dem  
Reichsbahnarbeiter in vier Wochen durchschnittlich  
125,87 M. ein gegen 181,32 M. im Jahre 1929.  
Seit 1929 sind die Tariflöhne im Reichsbahnbetrieb durch-  
schnittlich um 19 bis 20 Proz. gesenkt worden. Die  
Mindereinnahmen des Reichsbahnarbeiters im Vergleich mit  
den Einnahmen des Jahres 1929 betragen aber 31,8 Proz.  
Der über die Tariflohnreduzierung hinausgehende Verlust an  
Arbeitseinkommen entfällt auf Kurzarbeit und gefürzte  
Arbeitslosigkeit.

Die Einnahmen der Arbeiterhaushaltung erhöhen sich  
durch Nebenarbeit, durch Mitarbeit der Ehefrau und durch  
die Beiträge, die von den übrigen Haushaltsmitgliedern  
zur Haushaltsführung beigetragen werden, um 12,56 M.  
gegen 30,26 M. im Jahre 1929. Der Rückgang dieser Haus-  
haltungseinnahmen beträgt 58,5 Proz. Weitere Ein-  
nahmesquellen der Arbeiterhaushaltung sind: Untervermie-  
tung, Gartenbau und Kleintierzucht, Versicherungen, Ge-  
schenke und dergleichen. Diese Einkünfte belaufen sich  
gegenwärtig im Durchschnitt aller beteiligten Haushaltungen  
auf 18,25 M. gegen 21,85 M. im Jahre 1929. Sie sind um  
16,5 Proz. niedriger, wobei jedoch berücksichtigt werden muß,  
daß die zur Haushaltsführung aufgenommenen Darlehen  
gegenüber 1929 von 4,11 M. auf 8,18 M. gestiegen sind.

Werden die gesamten Einkünfte der Arbeiter-  
haushaltung zusammengesetzt, so ergibt sich, daß sie im Ver-  
gleich mit 1929 um mehr als ein Drittel zurück-  
gegangen sind, denn sie betragen gegenwärtig 157,60 M.  
gegen 233,52 M.

Nun hätte der nominelle Rückgang der Einnahmen der  
Haushaltungen an sich nicht viel zu sagen, wenn die Kauf-  
kraft dieser Einnahmen entsprechend gestiegen wäre, wenn  
also der Verlust durch Preissteigerungen auf allen Ge-  
bieten des lebensnotwendigen Bedarfs ausgeglichen worden  
wäre. Das ist jedoch bisher keineswegs der Fall. Da die  
Preisentwicklung bei den verschiedenen Bedarfsgruppen des  
Haushaltungsbedarfs außerordentlich unterschiedlich gewesen  
ist, haben die Mindereinnahmen aber auch grundlegende  
Veränderungen auf der Ausgaben Seite der  
Haushaltungen zur Folge gehabt.

Für die Ernährung der Familie benötigt die Haus-  
haltung gegenwärtig 65,35 M. gegen 97,85 M. im Jahre  
1929. Der Rückgang beträgt also 33,2 Proz., während der  
Index der Ernährungslosten in der gleichen Zeit um  
26,2 Proz. zurückgegangen ist. Das stärkere Sinken der  
Ernährungsausgaben ist nur so zu erklären, daß sich die  
Haushaltung offenbar bei ihren Ernährungsausgaben bereits  
stark einschränkt, um Mittel für die Deckung anderer not-  
wendiger Ausgaben freizumachen, indem sie versucht, mit  
kleineren Mengen und schlechteren Qualitäten auszukommen.

Die Ausgaben für Wohnungsmiete haben sich  
trotz der 10prozentigen Mietsenkung durch die Notverord-  
nung gegenüber 1929 nur von 21,66 M. auf 20,60 M. er-  
mäßigert. Das Gewicht der Miete hat innerhalb der Gesamt-  
ausgaben dadurch beträchtlich zugenommen, denn ihr An-  
teil an den Gesamtausgaben ist nun 9,3 Proz. auf 13,0 Proz.

gestiegen. Das Gewicht der Miete hat innerhalb der Gesamtausgaben dadurch beträchtlich zugenommen, denn ihr Anteil an den Gesamtausgaben ist von 9,3 Proz. auf 13,0 Proz. gestiegen. Für Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung sind gegenwärtig 3,40 M. verfügbar gegen 7,70 M. im Jahre 1929. Schon die damaligen Einkommensverhältnisse gestatteten keinen großen Aufwand für die Wohnung. Die Anschaffungen beschränkten sich auf das Notwendigste. Die heutigen Einkommen lassen aber auch diese Anschaffungen nicht mehr zu, denn die Ausgaben sind unter dem Zwange der Verhältnisse um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung sind schlecht vergleichbar und lassen keine Schlüsse zu, da die Arbeiterfamilien zum Teil mit Heizmaterial für den Winter eingedeckt waren und demzufolge keine Ausgaben eingestellt haben.

**Ausgaben der Arbeiterhaushaltung.**

	1932		1929	
	M.	in Prozent der Gesamtausgaben	M.	in Prozent der Gesamtausgaben
Nahrung- und Genussmittel . . . . .	65,35	41,5	97,85	41,9
Miete . . . . .	20,60	13,0	21,66	9,3
Einricht. u. Instandhalt. d. Wohnung . . . . .	3,40	2,1	7,70	3,3
Heizung und Beleuchtung . . . . .	8,—	5,1	9,14	4,0
Bekleidung . . . . .	11,10	7,0	29,63	12,7
versicherung . . . . .	21,85	13,9	25,70	10,9
Beiträge . . . . .	3,05	2,6	4,75	2,0
Steuern . . . . .	4,15	2,6	3,86	1,6
Sonstiges . . . . .	15,40	9,8	27,10	11,6
Verbrauchsausgaben . . . . .	153,80	97,6	227,39	97,3
Zurückgezahlte Darlehen . . . . .	2,25	1,4	3,42	1,5
Ersparnisse . . . . .	1,55	1,0	2,71	1,2
Gesamtausgaben . . . . .	157,60	100,0	233,52	100,0

Besonders ins Auge fallend ist der Rückgang der Bekleidungs- und Verbrauchsausgaben. Diese sind gegenüber 1929 um etwa 63 Proz. gesunken. Bei diesen Ausgaben gleichen die Haushaltungen einen Teil ihrer Mindereinnahmen aus. Der Lohnabbau geht also zu einem erheblichen Teil auf Kosten der Bekleidung. Die Ausgaben für Versicherungen und Beiträge sind um 15 bzw. 16,6 Proz. gesunken. Dagegen ist die Steuerbelastung der Haushaltung trotz der gesunkenen Arbeitsverdienste gestiegen, und zwar von 3,86 M. auf 4,15 M. Hier ist es besonders die Krisensteuer, die ins Gewicht fällt.

Sehr stark zurückgegangen sind auch die Ausgaben für den sonstigen Bedarf. Hierunter sind nicht etwa vermeidbare Ausgaben zusammengefaßt worden, die eine Haushaltung sonst noch regelmäßig zu machen hat, zum Beispiel für Fahrgeher, Zeitungen, Schulgeld, für Körper- und Gesundheitspflege, für Bildung und alle die übrigen unumgänglichen Ausgaben. Hier zeigt es sich ganz deutlich, daß die Arbeiterfamilien auf einen erheblichen Teil des sogenannten Kulturbedarfs verzichten müssen. Dieser Ausgabenposten ist um 43,2 Proz. gesunken, während sich der Index dieser Ausgabengruppe nur um 10,6 Proz. erniedrigt hat. Auch die zur Abzahlung von Schulden verfügbare Summe ist kleiner geworden, ebenso die Ersparnisse, darunter nicht etwa wirkliche Ersparnisse zu verstehen sind, sondern die Beiträge, die die Haushaltungen am Schluß der Berichtsperiode noch zur Verfügung hatten.

Werden die gesamten Haushaltungsausgaben zusammengefaßt, so ergibt sich im Vergleich mit 1929 ein Rückgang um 34,9 Proz. Während der gleichen Zeit ist der Index der Lebenshaltungskosten nur um 19,1 Proz. gesunken. Wenn unterstellt wird, daß mit einer Ausgabe von 233,52 M. für eine viertöpfige Familie im Jahre 1929 eine menschenwürdige Lebensführung möglich gewesen ist, so würden heute unter den veränderten Preisverhältnissen 189,05 M. die gleiche Lebenshaltung gewährleisten. Wie aber ein Blick auf die obensiehende Aufstellung zeigt, haben die Arbeiterfamilien nur 157,60 M. zur Verfügung. Sie müssen also verzichteten auf Bedarfsgüter im Werte von 31,45 M. Das ist der Teil der Mindereinnahmen, der bisher nicht durch Preisentfaltungen ausgeglichen worden ist.

Aus den Ergebnissen der Statistik der Einnahmen und Ausgaben der Arbeiterfamilien geht also ganz eindeutig hervor, daß sich ihre Lebenshaltung seit 1929 stark verschlechtert hat. Um das Wichtigste herauszuheben: Unter dem Druck der Einkommensverluste und der stärkeren Besteuerung sind die Arbeiterfamilien gezwungen, weniger und erheblich schlechter zu essen. Sie können ihren Bekleidungsbedarf nur noch in einem ganz unzulänglichen Maße decken und müssen ihren Kulturbedarf in menschenunwürdiger Weise einschränken.

Dies sind die Folgen der verfehlten Wirtschaftspolitik, insbesondere der Lohnpolitik, die für jeden, der sehen will, zu erkennen sind. Wie kann es der Landwirtschaft gut gehen, wenn die arbeitende Bevölkerung in ihrer Kaufkraft so stark eingeschränkt ist, daß sie gezwungen ist, nicht nur bei der Menge, sondern auch bei der Qualität der Nahrungsmittel zu sparen? Oder können Textilindustrie und Bekleidungsindustrie auch nur annähernd ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend beschäftigt sein, wenn der Arbeiterfamilie für 4 Wochen ganze 11,10 M. für Neuanschaffungen und für die Instandhaltung von Wäsche, Kleidern, Schuhen und dergleichen zur Verfügung stehen? Die Fragen stellen, heißt sie verneinen. Lohnabbau und Kurzarbeit haben die Kaufkraft der Massen zerstört und die Folgen auf Produktion und Umsatz spiegeln sich in der Massenarbeitslosigkeit und der zunehmenden Schrumpfung des Wirtschaftsvolumens wieder.

Senator Bömers gestorben. Am Freitagabend, kurz vor 20 Uhr, verschied der Bremer Senator Heinrich Bömers, er war in üblicher Weise in den ungeheuerlichen Nordwallskandal verwickelt. Sein Tod entzieht ihn der gerichtlichen Verantwortung.

Die „Welt am Abend“ faselt von einer „Geheimkonferenz“ von Führern der Sozialistischen Internationale“ gegen die Komintern. Das ganze Geschreibsel ist zu idiotisch, als daß es sich lohnen, darauf einzugehen.

# Tardieu entgleist.

## Polemik gegen Sozialisten und Deutschland.

Paris, 1. April. (Eigenbericht.)

Kammer und Senat haben am Freitagnachmittag das Budget für das Finanzjahr 1932 endgültig verabschiedet und sich bis Anfang Juni vertagt. Da der Senat verschiedend von der Kammer geforderte Kredite, für die die entsprechenden Einnahmen fehlen, entschieden ablehnte, sah sich der Ministerpräsident während der dritten und vierten Lesung des Budgets in der Kammer gezwungen, nicht weniger als

**siebenmal die Vertrauensfrage**

gegen die Annahme dieser Kredite zu stellen. Die Regierung stieg in allen Fällen mit Mehrheit, die zwischen 45 und 82 Stimmen schwankten. Die Budgetmaßnahmen belaufen sich nach der endgültigen Fassung auf 41 000 Millionen Franken und die Ausgaben auf 41 097 Millionen, so daß sich theoretisch ein Ueberschuß von 3 Millionen Franken ergibt. Die Sozialisten stimmten im Senat und in der Kammer gegen die Annahme des Budgets.

In der Kammer kam es vor der Schlußabstimmung zu einem

**scharfen Wortgefecht**

zwischen dem Ministerpräsidenten und einigen Sozialisten. Abg. Bédouze legte dar, warum die sozialistische Fraktion nicht für das Budget stimmen könne. Er wies u. a. darauf hin, daß das Budget nur mit Hilfe einer Neuauflage von Schatzbons ins Gleichgewicht gebracht sei, und beklagte sich darüber, daß sich die innere Schuld Frankreichs von 1926 bis jetzt um 123 Milliarden Franken erhöht habe. Diese Verschlechterung der finanziellen Lage sei auf die zweideutige Politik der Regierung zurückzuführen. Die Sozialisten würden die Wähler auf die ersten Folgen dieser Politik hinweisen und ihnen warnen, daß man zwischen Abrüstung und Zusammenbruch wählen müsse.

Diese Erklärungen veranlaßten

**Tardieu**

zu einer scharfen Antwort, die zum Teil auch gegen Deutschland gerichtet war. Die Regierung werde, so sagte er, demnächst auf die Ausführungen des sozialistischen Redners antworten. Sie werde seine Forderungen widerlegen und zeigen, daß die ablaufende Legislaturperiode durch eine Reihe von Tatkosten charakterisiert sei, gegen die die Kritik der Sozialisten nichts ausrichten könne. Diese Tatkosten seien vor allem die Vollenbung des Wertes der finanziellen Wiederaufschwung, die Rückkehr zur Goldwährung, die Tilgung der schwebenden Schulden in Höhe von 21 Milliarden und Steuerermäßigungen in Höhe von 6 Milliarden Franken. „Sie (zu den Sozialisten gewandt) werfen der Regierung die Gewährung von Anleihen an ausländische Regierungen vor. Sie vergessen aber scheinbar, daß Léon Blum in zahlreichen Kritiken im „Populaire“ diese Hilfe für das Ausland verlangt hat. Wenn die französische Regierung ihren politischen Freunden eine Unterstützung gewährt, die oft von dem Außenminister Briand gefordert worden ist, muß man ihr, Herr Grumbach, einen Vorwurf daraus machen,

daß diese Länder nicht einen Generalfeldmarschall zum Präsidenten haben? (Großer Beifall rechts und in der Mitte, Proteste links.) Ihre Partei, die unerschütterlich zugunsten Deutschlands Kredite ohne jede Garantie verlangt, ist nicht dazu berechtigt, uns derartige Vorwürfe zu machen. Die Sozialisten, die alle Diktatoren angreifen, gehen sehr schonend mit der Diktatur der Notverordnungen in Deutschland um.

Sie würden besser daran tun, etwas mehr Zurückhaltung zu beobachten.“ (Beifall rechts, heftige Proteste links.)

Abg. Grumbach: „Ihre Ausführungen liefern der Hitlerbewegung neue Argumente.“ — Tardieu: „Die Sozialisten beanspruchen auch für sich das Monopol des Friedens. Ich habe ihnen nur das entgegengesetzte, was Frankreich in Genf unter meiner und Laolos Regierung zugunsten des Friedens getan hat. Die Opposition wird in dem beginnenden Wahlkampf keine schützernen und resignierten Gegner finden. Sie hat uns oft genug angegriffen. Wir werden ihr jetzt unsere Argumente entgegenzusetzen. Dieser Meinungsaustrausch wird am Sonntag beginnen. Ich stehe dann zu Ihren Diensten.“ (Langanhaltender Beifall rechts und in der Mitte, Keim auf der Linken.)

Es folgte die Schlußabstimmung. Nach den üblichen Dankworten des Kammerpräsidenten und des Ministerpräsidenten ging die Kammer auseinander.

Die polemischen Töne, die Herr Tardieu in seiner Rede angeschlagen hat, werden in Deutschland starken Widerhall finden. Der französische Ministerpräsident hat sich in reichlich demagogischer Weise gegen die Sozialisten gewandt und ihre Anhänger an eine Politik der deutsch-französischen Verständigung in ironischer Weise glosiert. Muß man daraus schließen, daß er in dieser entscheidend wichtigen Frage in einem grundsätzlichen Gegensatz zu den Sozialisten steht? Eine klare Antwort auf diese Frage ist notwendig; denn wenn die gegenwärtige französische Regierung keine Politik der Verständigung will, so werden sich in Deutschland alle politischen Faktoren entsprechend einstellen müssen.

Herr Tardieu hat auf einer Seite von „politischen Freunden“ gesprochen, die mit Anleihen bedacht werden, und er hat auf der anderen Seite einige Ungezogenheiten über Deutschland niedergehen lassen. Seine Art, über das deutsche Staatsoberhaupt und über die deutschen Regierungszustände zu sprechen, widerspricht allem diplomatischen Gebrauch und wirkt geradezu als beabsichtigte Herausforderung. Würde ein deutscher Reichszkanzler in ähnlicher Weise über Personen und Zustände in der französischen Republik sprechen, so würde er zwar von den Nationalsozialisten mit Beifall überschüttet werden, aber bei allen Verantwortungsbewußten Politikern auf entschiedene Ablehnung stoßen.

Sollte Herr Tardieu bei solchen Methoden beharren und für sie den Beifall einer Mehrheit des französischen Volkes gewinnen, so wäre der Schaden für Europa unabsehbar.

# Es sollen Köpfe rollen!

## Wie Hitler seine Legalität auffaßt. — Die Mordlisten von München.

München, 1. April. (Eigenbericht.)

Eine angeblich im hiesigen Brauhaus angefertigte und von der sozialdemokratischen „Münchener Post“ veröffentlichte Mordliste der Nazis bildete am Freitag den Gegenstand eines Prozesses, der von Hitler gegen die „Münchener Post“ angestrengt worden ist. Hitler behauptet, daß die Liste gefälscht sei und auch alle anderen Angaben über die Vorbereitung von Mordtaten durch seine Organisation unwahr seien.

In der Voruntersuchung hatte sich herausgestellt, daß der „Münchener Post“ die angeblichen Mordlisten von dem SA-Mann Johann Loedel in die Hände gespielt wurden. Loedel ist inzwischen aus der Nazi-Partei ausgeschlossen worden. Sein Ausschluss erfolgte, weil er Mißstände innerhalb der SA beseitigen wollte. Bis zu dieser Zeit stand er im Dienst der geheimen Nachrichtenabteilung, der sogenannten Spionagenzentrale des Brauhaus. Bei seiner Vernehmung als unvoreiliger Zeuge sagte Loedel aus, daß er diese Liste selbst angefertigt habe. Die Namen dazu seien ihm von SA-Kameraden im Kasino des Brauhaus und zum Teil auch von Kommunisten genannt worden. Den Auftrag, die Listen dem Abgeordneten Auer auszuhändigen und die „Münchener Post“ damit heranzuliegen, habe er von dem Leiter der Nachrichtenabteilung, dem Grafen Dumoulin-Ecart, erhalten. Zur Glaubhaftmachung seiner Spiegeltätigkeit habe er dem Abgeordneten Auer auch drei Waffenlager angegeben, tatsächlich wurden aber nur in zweien kleinere Mengen Waffen gefunden. Ueber ein viertes großes

Waffenlager in Gröbenzell bei München konnte der Zeuge nähere Details nicht machen.

Der Hauptzeuge Dumoulin-Ecart war zur Vernehmung nicht erschienen. Er ließ durch den Hitler-Anwalt Frank II dem Gericht mitteilen, daß vor einigen Tagen sein Schloßgut in Bertschheim abgebrannt sei und er am Brandplatz bleiben müsse. Werkmüdigerweise hat sich dieser Graf auch allen Vernehmungen in der Voruntersuchung durch die verschiedenartigsten Ausreden entziehen können. Die Aussagen anderer Zeugen brachten keine weiteren sachlichen Aufschlüsse, auch nicht die Vernehmung des Entlastungszeugen Prinz zu Waldeck und Pyrmont, der als Stabschef des Reichs-SS-Führers Himmler im Brauhaus dem Geheimdienst der eigentlichen Hitler-Troika vorsteht. Ein umfangreicher Beweisantrag der Verteidigung zur Klärung der Frage, ob die Führer der Nationalsozialistischen Partei politische Morde und andere Gewalttaten im Zusammenhang mit der Organisation des gewalttätigen Umsturzes vorbereitet und billigen, suchte Frank II in der bei ihm gewohnten theatralischen Manier als völlig unwichtig hinzustellen. Dabei erklärte Frank II: Die NSDAP. denke an keine Bartholomäusnacht.

Daran jedoch, daß Adolf Hitler nach der Wachtregung einen deutschen Staatsgerichtshof einsetzen werde und daß dann tatsächlich Köpfe rollen würden, könne er, Frank, nichts ändern.

Die Verhandlung wurde schließlich bis zum 3. April ausgesetzt. An diesem Tage soll Dumoulin-Ecart vernommen werden.

# Groener und Rüdenthäl.

## Sie befinden sich in vollster Uebereinstimmung. — Aber worüber?

Amlich wird mitgeteilt: Reichsminister Groener hat einer gelegentlich der Goethe-Feier in Weimar erfolgten Einladung des Vorsitzenden des braunschweigischen Staatsministeriums, Minister Dr. Rüdenthäl, am 1. April nach Bad Harzburg entsprochen. Beide Minister haben in voller Offenheit die politischen Fragen besprochen, die in letzter Zeit das Land Braunschweig berührt haben, und dabei festgestellt, daß sie sich in vollster Uebereinstimmung befinden.

Das ist eine überaus nichtsagende amtliche Mitteilung! Die Dinge in Braunschweig schreien gen Himmel, sie sind eine überaus ernste Bedrohung des inneren Friedens. Herr Groener ist mit Herrn Rüdenthäl einig — aber worüber? Darüber, daß die Dinge weitergehen dürfen, oder darüber, daß sie schnellstens abgestellt werden müssen? Herr Rüdenthäl sitzt mit Herrn Klogges in einem Ministerium. Er läßt

Klogges wirtschaften. Herr Groener aber ist mit Herrn Rüdenthäl einig?

Wir glauben nicht etwa, daß Herr Groener den Braunschweiger Dingen gegenüber gleichgültig ist. Wir finden jedoch, daß Herr Groener durch eine höchst unglückliche Pressepolitik sich selbst schadet.

# Gnadengesuch für Offleht abgelehnt.

## Es bleibt bei der Gefängnisstrafe.

Der Schriftleiter der „Bellühne“, Carl v. Offleht, war am 23. November v. J. vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten verurteilt worden, und zwar handelte es sich um Veröffentlichungen über deutsche Luftfahrtfragen. Sein Verteidiger, RA. Dr. Ipsel, hatte daraufhin an den Reichspräsidenten ein Gesuch gerichtet, die Gefängnisstrafe in Festungshaft umzuwandeln. Am Freitag hat nun der Oberreichsanwalt dem Verteidiger mitgeteilt, daß der Reichspräsident diese Begnadigung Offlehts abgelehnt habe. Im übrigen sollen zwischen v. D. und dem mit ihm verurteilten Schriftsteller Walter Kreiler schwere Zerwürfnisse entstanden sein, weil dieser inzwischen aus Deutschland geflohen ist.

# Sinnloses Kriegsgeschrei.

Das neueste Produkt der Parolenschuster.

Offenbar ist die Zahl jener Kommunisten, die keine Faschistenherrschafft wünschen und darum, entgegen ihrer Parteiparole, nicht zum alleinigen Nutzen der Hitlererei von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, stark im Wachsen. Statt nun dieser Massenstimmung Rechnung zu tragen, sucht die Zentrale verzweifelt nach einem Mittel, das ihre Leute dumm machen könnte. Das glaubt sie nun in einem verstärkten Kriegsgeschrei gefunden zu haben, und selbstverständlich sind es nicht etwa die Faschisten, mit deren Hauptling Mussolini Moskau beinahe so freundschaftliche Beziehungen unterhält wie mit dem Militärdiktator Kemal, die zum Krieg gegen Rußland treiben, es sind auch nicht jene Großkapitalisten, deren Presse stets ungehindert ihre Journalisten nach Rußland schicken kann — nein, es sind die Sozialdemokraten! Schade nur, daß sogar die ausgebürgerten russischen Sozialdemokraten, die sozial persönliches Ungemach von der Sowjetdiktatur erleiden mußten, jedoch noch ihre Treue zu ihrem revolutionären Heimatland und ihre schärfste Gegnerschaft gegen jede antisowjetische Zeitelung oder gar Intervention in einer feierlichen Kundgebung versichert haben. Das gleiche hat die Sozialistische Internationale unzählige Male getan.

Aber der „Vorwärts“ hat eine T.L.-Meldung über Lebensmittelkrise in Leningrad und Moskau wiedergegeben! Und er hat diese Meldung abgedruckt, weil sie angesichts der unauflösbaren Teuerung und Inflation, sowie der Bevorzugung der ausländischen Spezialisten oder Salutabesitzer durch das Einkaufsrecht in besonderen Läden, in denen es alles gibt, nur zu glaubhaft erscheint.

Wir haben auch auf den schreienden Gegensatz zwischen der unaufhörlichen Propaganda der kommunistischen Agitation mit der Sowjetarmee und dem ebenso konsequenten Zurückweichen Rußlands vor dem Vormarsch des japanischen Imperialismus in der Mandchurie, dem alten russischen Interessengebiet, hingewiesen.

Und schließlich die ärgste Todsünde — wir haben die Meldungen über eine Erkrankung Stalins verzeichnet. Das ist offenbar Raubfälschung, denn wie könnten Krankheitskeime wagen, in den Körper des Generalsekretärs der K.P.S. einzudringen! Zwar ist sogar Lenin gestorben, auch Frunse und so mancher andere sind dahin — aber Stalin frant: Donner und Doria!

Aber warum wird der zur Eröffnung eines neuen Radiosenders in Leningrad bereits angekündigte Stalin durch Ordsonidse vertreten? Warum erklärt die Berliner Sowjethochzeit auf eine nicht ohne weiteres abzuweisende Frage, Professor Bondel und ein zweiter nach Moskau gereister Berliner Minister hätten nur die durch Ueberarbeit erkrankten Kremelbewohner zu beraten — das sei „eine kollektive Behandlung“. Wir könnten noch weitere Indizien mitteilen, aber wir sind nicht sowjetisch genug, um einen Streit darüber anzufangen, ob Stalin frant ist und woran er leidet. Aber ahnt den Stalinfrant nicht, wie sehr sie die sonst stets gefeierte abstoßende Kraft des 140-Millionen-Reiches herabsitzen, ja verneinen, wenn sie schon in bloßen Zeitungsnachrichten, der Diktator sei frant, eine Ermunterung, ja sogar ein Angriffssignal zum Krieg gegen die Sowjetunion sehen!

Laßt die Saiten, ihr Agitpropaganden, stellt euch wieder auf die Erde, ihr mocht euch durch eure Kapriolen nur lächerlich!

## Dietrich klagt gegen Feder.

Einer Wahlüge soll der Garous gemacht werden.

Reichsfinanzminister Dietrich hat sich entschlossen, einer von den nationalsozialistischen immer wieder verbreiteten Lügen den Garous zu machen. Es handelt sich um die unwahre Behauptung, Dietrich hätte die Stimme der Wirtschaftspartei im Reichstag durch einen Scheck über 500 000 Mark gekauft und damit die Reichsregierung vor dem Sturz bewahrt. Wegen dieser beleidigenden Anschuldigung hat der Reichsfinanzminister Strafantrag gegen den Reichstagsabgeordneten Gottfried Feder, gegen den Versammlungsredner Höbel und den verantwortlichen Redakteur des nationalsozialistischen Blattes „Der Freiheitstempel“ gestellt, die diese Lüge verbreitet haben.

## Die Konzentration zur Wahl.

Wahlbündnis Wirtschaftspartei, Landvolk, Konservative perfekt.

Wie das Nachrichtenbüro des L.D.G. meldet, haben die Verhandlungen, die über ein Wahlbündnis zwischen einigen bürgerlichen Parteien für die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen geführt wurden, jetzt zu einem Erfolge geführt. Zwischen der Wirtschaftspartei, der Landvolk-Partei, den Volkskonservativen und der Liste „Junge Rechte“ ist ein Wahlbündnis für die Neuwahlen zum Preussischen Landtag abgeschlossen worden, das sich in einer Listengemeinschaft befindet. Die Liste „Junge Rechte“ umfaßt eine Reihe von parteipolitisch nicht festgelegten Jugendbündeln, zu denen z. B. die Fichte-Gesellschaft gehört. Die Volksnationalen bzw. Mitglieder des Jungdeutschen Ordens dürften der Liste „Junge Rechte“ gleichfalls nahe stehen. Die Deutsche Staatspartei verhandelt gegenwärtig noch mit einer anderen Partei wegen einer gemeinsamen Verwertung der Reststimmen.

## Rauschmisch aus dem Stahlhelm.

Der Erzherzog von Koburg wird gemahregelt.

Das Bundesamt des Stahlhelm teilt mit: Die nationalsozialistische Presse vertritt einen Aufruf für Adolf Hitler, der auch von Herzog Karl Eduard von Koburg unterzeichnet ist. Der Inhalt dieses Aufrufs widerspricht der politischen Stellungnahme der Stahlhelmführung. Seine Unterzeichnung durch den Herzog von Koburg ist geeignet, die einheitliche Politik des Stahlhelm zu schädigen. Die Bundesführer haben die notwendigen Schritte eingeleitet.

Ministerialrat Scholz ist aus der Hygenberg-Partei ausgetreten, weil sie im zweiten Wahlgang nicht für Hitler eintritt. Er gehört zur Verfassungsabteilung des Reichsinnenministeriums — ausgerechnet. Er hat vor kurzem als Mitglied des politischen Ueberwachungs Ausschusses des Bundesrats den Versuch unternommen, eine Rede über den Opferheld Ludwig Franks zu halten, weil sie das harte Befehlswort Franks zu den Fundamenten des neuen Staates hervorhob. Herr Scholz paßt ins Braune Haus — aber nicht in die Verfassungsabteilung des Reichsinnenministeriums.

Einstimmig fordert die Bundesrat Stadtvertretung auf Antrag der Sozialdemokraten bällige Befreiung der öffentlichen Abstimmlung, Sicherung der proportionalen Volksvertretung und gleichmäßige Erneuerung der Wahlbezirke.

# Nazis Aprilscherz.



Berek erwache, Hitler bereke!

# Unternehmer und Handelspolitik.

Die Beschlüsse gegen Autarkie und für Exportschutz.

Unter der Führung der Schwerindustrie hat der Reichsverband der Deutschen Industrie in den letzten Wochen einen Druck auf die Reichsregierung ausüben versucht, um die deutsche Handelspolitik in der Richtung der Einfuhrbeschränkung und einer zentralen Einfuhrbewirtschaftung zu beeinflussen. Die Verhandlungen des handelspolitischen Ausschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie brachten eine handelspolitische Festlegung der deutschen Unternehmer, die sich im wesentlichen gegen die schwerindustriellen Ziele wendet. Die entscheidenden Stellen der vom Reichsverband veröffentlichten Mitteilung über diese Verhandlungen lauten:

„Es bestand Uebereinstimmung darüber, daß die Abnahme des deutschen Ausfuhrüberschusses durch die Absperrungsmaßnahmen des Auslandes zwangsläufig zu einer Verschärfung der Devisen-Situation führen muß, wenn der Dienst für unsere Auslandsverschuldung aufrecht erhalten und die Ernährung der Bevölkerung sowie die Belieferung der Industrie mit den notwendigen ausländischen Rohstoffen sichergestellt werden soll.“

Angesichts dieser Lage wird es für unerlässlich gehalten, jeden nur möglichen Versuch zu unternehmen, der geeignet ist, zu Devisen-Ersparnissen zu gelangen, ohne dabei die deutsche Ausfuhr, deren weitere Förderung unter allen Umständen für notwendig gehalten wird, zu beeinträchtigen.

Die weitaus überwiegende Mehrheit der handelspolitischen Kommission vertritt den Standpunkt, daß das gegenwärtige System der Devisenbewirtschaftung diesen Bedürfnissen nicht gerecht wird. Es wurde eine Verbesserung der Devisenbewirtschaftung im Sinne einer erweiterten Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte verlangt mit dem Ziel einer bevorzugten Zuteilung von Devisen für die Einfuhr notwendiger Lebensmittel, Rohstoffe und gewisser unentbehrlicher Halbfabrikate. Die Handelspolitische Kommission sieht auf dem Standpunkt, daß

sobald als möglich eine Änderung der bisherigen Devisenbewirtschaftung durchgeführt werden muß, um rechtzeitig den oben erwähnten Erfordernissen gerecht werden zu können. Sie vertritt im übrigen die Auffassung, daß alle Pläne in der Richtung einer Autarkie ebenso scharf wie etwa damit verbundene Währungsexperimente abzulehnen sind.“

Diese Beschlüsse zeigen deutlich die Jüge eines hart umtämpften Kompromisses, das besser ausgefallen ist, als man befürchten durfte. Wenn alle Pläne in der Richtung einer Autarkie und etwa damit verbundenen Währungsexperimenten eindeutig abgelehnt werden, so bedeutet das ein scharfes Abbrechen von den bisherigen Eingaben des Vorstandes des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an die Reichsregierung, in denen die Schwerindustrie die Federführung hatte und die Tendenz zur Autarkie mit bedeutenden währungspolitischen Möglichkeiten noch zum Ausdruck kam. Auch die vor einigen Tagen noch diskutierten zentrale Einfuhrbewirtschaftung ist zugunsten stärkerer Berücksichtigung der Ausfuhrinteressen fallen gelassen worden. Auch steht es jetzt fest, daß eine Devisenkontingentierung nicht nur die Dringlichkeit der einzelnen Einfuhrposition, sondern auch die handelspolitischen Folgen für den Export bei jeder einzelnen Einfuhrbeschränkung zu berücksichtigen hat.

Freilich ist ernsthaft zu beachten, daß die Kräfte im Reichsverband der Deutschen Industrie, die ohne Rücksicht auf den Export aus interessentümlicher Einstellung die Einfuhr einengen wollen, noch nicht abgelenkt sind. Es bedarf der größten Wachsamkeit der Öffentlichkeit, um einseitige Maßnahmen der Reichsbürokratie zu verhindern, die schädliche handelspolitische Folgen für den Export mit sich bringen können.

## Gegen die Nazi-Dehnpresse.

Scharfes Vorgehen der Behörden.

Von der Pressestelle beim badischen Staatsministerium wird mitgeteilt: Die nationalsozialistischen Zeitungen, die „Volksgemeinschaft“ in Mannheim und das „Hakenkreuzbanner“ in Heidelberg vom 30. März 1932, Nr. 65/70 und Nr. 71, wurden auf Grund der Roterordnung des Reichspräsidenten wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und wegen Beleidigung des Innenministers beschlagnahmt und eingezogen.

Gegen die vom Oberpräsidenten in Breslau verhängten Verbote der nationalsozialistischen „Schlesischen Tageszeitung“ und der Wochenblätter „Schlesischer N.-S.-Beobachter“ und „Deutsche Ostfront“ hatte der Gauverlag R. S. Schlessen Bescheid eingelegt. Diese Bescheide ist sowohl vom preussischen Innenminister als auch vom Reichsminister des Innern zurückgewiesen worden. Sie wird nun dem Staatsgerichtshof in Leipzig als letzter Instanz zur Entscheidung vorgelegt.

## Polnische Sozialreaktion.

Abbau der Arbeitslosenversicherung.

In Polen ist eine Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft getreten, nachdem die durch Gewalt und Fälschung zustande gebrachte „Sanierungs“mehrheit beider Kammern die Vorlage ihrer Regierung gehorsam applaudiert hatte.

Das neue Gesetz bestimmt: Herabsetzung des Staatszuschusses zur Arbeits-

losenversicherung von 145,4 auf 60 Millionen Zloty im neuen Finanzjahr.

Erhöhung des Versicherungsbeitrages der Saisonarbeiter von 2 auf 4 Proz., aller sonstigen Arbeiter von 1/2 auf 2 Proz., der Unternehmer von 1 1/2 auf 2 Proz. Die Wartezeit der Saisonarbeiter wird von 20 auf 26 Wochen erhöht, was die meisten von ihnen um den Unterstützungsanspruch bringt. Der bei allen Arbeiten höchstens zugrunde liegende Tagelohn wird von 10 auf 6 Zloty, die Unterstützungswoche auf 6 Tage herabgesetzt. Das bedeutet praktisch

die Halbierung der Unterstützungen;

sie betragen künftig zwischen 10,80 Zloty wöchentlich für Ledige bis 18 Zloty für eine siebenköpfige Familie! Ihre Höchstdauer beträgt 13 Wochen, die Möglichkeit ihrer Ausdehnung auf 17 Wochen ist rein theoretisch, nämlich daran geknüpft, daß dadurch keine — Ausgabenerhöhung eintritt.

Direkte Staatshilfe steht nur den Ausgesteuerten und solchen zu, die nur 20 Wochen im Jahre gearbeitet haben und somit keinen Anspruch haben.

Nicht der polnisch-russische Handels-, sondern der Nichtangriffspakt zwischen diesen beiden Staaten scheint keine Aussicht auf Ratifizierung zu haben. Dies zur Berichtigung eines Fehlers im Donnerstag „Abend“.

## Wutausbruch gegen Italien.

Polen betreibt gegen Danzig eine „ausdehnende“ Wirtschaftspolitik und hat sich vom Oberkommissar des Völkerbundes, früher dem Engländer Haling, jetzt dem Italiener Graziani, wiederholt beschneigen lassen müssen, daß seine Ansprüche verträglich sind. Das ist jedoch wieder in bezug auf den Veredelungsverkehr geschehen. Mit einem förmlichen Wutausbruch beantworteten nun die meisten polnischen Blätter diese Entscheidung Grazianis und drohen, daß Italien für die Haltung des Kommissars mit wirtschaftlichen Nachteilen bestraft werde, so z. B. mit der Kündigung des Handelsvertrages und mit der Einfuhrsperrung gegen italienische Früchte.

Wohl treibt Litauen? Das Organ der litauischen Kaufleute mit in seiner neuesten Nummer zum Konflikt deutscher Waren auf und fordert die Entfernung sämtlicher deutschen Bürger, die hier geschäftlich tätig sind.

Die Frist zur Abstempelung der spanischen Banknoten ist durch Regierungsbefehl bis 31. Mai 1932 verlängert worden.

## Volksbühne.

Paul Schurek: „Kamrad Kasper“.

Volksstück vom Wann, der aus dem Krieg heimkehrt. Aus seiner Wahrung sollen die Wölfe fortgetragen werden. Die Frau, die er zurückließ, hat sich einem Drückerberger hingegab. Der Proletariat gestatter nicht, daß Wölfe und Frau in die Hände von Unberufenen geraten. Alles das ist nicht nur Wirklichkeit, sondern auch Symbolik und Phantastik. Der Dichter läßt ein regles Stück und daneben ein Marionettentheater aufzuführen. Die Mischung gefällt. Denn viel Beifall wurde gespendet. M. H.

# Blind und taub.

## Unternehmerforderungen gegen Volkswirtschaft.

Im Baugewerbe, in der Textilindustrie, im Holz- und Buchdruckgewerbe wehren sich die Forderungen der Unternehmer, die innerhalb eines Jahres zwei- und dreimal abgebauten Löhne noch ein drittes und viertes Mal abzubauen.

So ungeheuerlich der Gewalttat war, alle Löhne und Gehälter auf den Stand vom 1. Januar 1927 herabzubringen, ein Gewaltakt, der sich weder wirtschaftlich noch sozial rechtfertigen läßt, immer mehr Unternehmer verlangen jetzt, daß die Regierung die Zerstörung der Wirtschaft vollenden und die Löhne noch weiter herabsetzen soll.

Wenn ein einzelner Unternehmer bemüht ist, die Löhne seiner Arbeiter unter das Lohnniveau der anderen Arbeiter herabzubringen, so mag man das kurzfristigen Egoismus schelten. Wenn aber die Gesamtheit der Unternehmer so verfährt, so hat das mit Egoismus nichts mehr zu tun.

Hier muß der volkswirtschaftliche Maßstab angelegt werden.

Es kann heute nicht mehr einen Unternehmerindividuum, einen Schlichter, einen Arbeitsminister geben, der nicht die verheerenden Folgen des Lohnabbaus für unsere Volkswirtschaft kennt. Mag der einzelne Unternehmer glauben, er könne besser konkurrieren, wenn ihm vom Arbeitsertrag ein größerer Teil zufällt und wenn der Teil, der den Arbeitern verbleibt, noch mehr beschnitten wird: die Unternehmer als Gesamtheit müssen endlich begriffen haben, daß die Rationalisierung, wie jeder technische Fortschritt, sich nur in dem Maße rentieren kann, in dem die gesteigerte Produktivität der Betriebe auch ausgenutzt wird. Wenn die Unternehmer aber verlangen, daß die Löhne und Gehälter zurückgeschraubt werden sollen auf den Stand vom 1. Januar 1923, so bedeutet das

die Verneinung des technischen Fortschritts, die blindwüchtige Zerstörung des gesamten Kapitals, das zur Rationalisierung verwendet worden ist.

darüber hinaus aber noch die Lohnsenkung der Wirtschaftstätigkeit, die Bedrohung der gesamten Kultur.

Die Unternehmer scheinen allerdings des Glaubens zu sein, der Lohn und die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten sei ein Ding, das mit der Wirtschaft nur insofern etwas zu tun hat, als es diese „belastet“. Sie haben noch immer nicht begriffen, daß in einem industrialisierten Lande auf dem Lohn des Arbeiters, des Angestellten und Beamten sich das Einkommen des Mittelstandes, der freien Berufe und der Landwirtschaft aufbaut.

Von dem Verbrauch an Lebensmitteln und Bedarfsgütern des Arbeiters, des Angestellten und der großen Masse der Beamten hängt wesentlich der Verbrauch an Automobilen und anderen „Luxusgütern“ ab.

Der Abgang der Verbrauchsgüter bestimmt den Abgang von Produktionsmittelgütern. Eine Vornahme dieser auf Kosten jener führt zur Krise. Der Ausgleich kann nur geschaffen werden, wenn der Abgang an Verbrauchsgütern stark gesteigert wird. Die Unternehmer verlangen aber eine weitere Drosselung des Abganges an Lebensmitteln und Verbrauchsgütern, indem sie einen weiteren Abbau der Löhne fordern. Daß den Unternehmern die Führung der Volkswirtschaft über den Kopf gewachsen ist, daß in der kapitalistischen Anarchie Ordnung geschaffen werden muß, darüber gibt es außerhalb der unmittelbar an dieser Anarchie Interessierten keinen Streit. Man hätte aber mindestens erwarten können, daß die Unternehmer gegenüber den handgreiflichen Folgen des Lohnabbaus nicht blind und taub sein würden. Aber unsere Unternehmer sind heute nicht nur bankrotte Wirtschaftspolitiker, sie erweisen sich sogar als unfähige Geschäftsleute.

Durch diesen Abbau ist eine gewaltige Verschiebung der Einkommensgrenzen innerhalb der gesamten Bühnengehörigen eingetreten. Gegenüber der Spielzeit 1930/31 hat sich die Zahl der Gagenempfänger bis zu 300 Mark von 36,1 auf 49,8 Prozent und die der Gagenbezieher bis zu 500 Mark von 28,6 auf 47,3 Prozent der gesamten Bühnenmitglieder erhöht. Trotz dem Einfall der stark gefürzten 1000-Mark-Gagen in die Gagenklassen von 500 bis 900 Mark sank die Zahl der Bezieher dieser Gagen von 24 auf 15,2 Prozent, 1000-Mark-Gagen erhalten in diesem Jahr nur noch 1,9 Prozent der Bühnenmitglieder gegenüber 5,3 Prozent im Vorjahr. Die Gagen über 1000 Mark sind von 5,9 Prozent auf 2,6 Prozent gesunken. Rund die Hälfte der Bühnenmitglieder hat also zurzeit ein Monatseinkommen von weniger als 300 Mark. Ein erster Opernrollist, der in der Spielzeit 1928/29 ein Monatseinkommen von 1300 Mark hatte, hat jetzt nach Abzug aller Sozialbeiträge ein Monatsmonatseinkommen von 567 Mark; ein erster Schauspielerspieler an einem großen Theater, der damals 800 Mark hatte, hat heute noch 430—450 Mark.

Nun werden diese Einkommen vielen Arbeitern, Angestellten und Beamten noch ganz auskömmlich dünken; manchem Arbeitslosen werden diese Gagen sogar noch sündhaft hoch erscheinen, aber bei dem überwiegenden Teil der Bühnengehörigen ist noch in Rechnung zu stellen, daß sie — wenn überhaupt — nur in den seltensten Fällen 12 Monate hintereinander Beschäftigung haben. Während z. B. im Spieljahr 1928/29 noch 63 Prozent der Bühnenmitglieder mit Jahresverträgen und nur 37 Prozent mit Saisonverträgen verpflichtet waren, haben in dieser Spielzeit nur noch 49 Prozent Jahresverträge, dagegen 51 Prozent Saisonverträge mit einer durchschnittlichen Spieldauer von acht Monaten.

Angesichts dieser Tatsache ist es selbst den besten Bühnenmitgliedern kaum noch möglich, Rücklagen zu machen. Welchen verheerenden Umfang die Arbeitslosigkeit unter den Bühnengehörigen angenommen hat, geht aus der Denkschrift ebenfalls mit erschreckender Deutlichkeit hervor. In der Spielzeit 1928/29 waren von den rund 10 000 Soloträften an den deutschen Bühnen ungefähr 1500 ständig arbeitslos; in diesem Spieljahr ist die Zahl der arbeitslosen Soloträfte auf 3080, also um das Doppelte gestiegen. Die Denkschrift zeigt, daß auch die Mehrzahl der deutschen Bühnengehörigen durch die Wirtschaftskrise in das Proletariat hinabgezogen wurde.

## Die Probe aufs Exempel. Betriebsratwahl auf Zeche Radbod.

Auf der Zeche Radbod bei Hamm fand eine Neuwahl der Betriebsvertretung statt. Sie hatte folgendes Ergebnis: freie Gewerkschaften 454 Stimmen (im Vorjahre 513), Verlust 11,5 Prozent, christliche Gewerkschaften 452 (im Vorjahre 524), Verlust 15,7 Prozent, Revolutionäre Gewerkschaftsopposition 460 Stimmen (im Vorjahre 853), Verlust 46 Prozent, Hirsch-Dunder keine (im Vorjahre 23 Stimmen), Gelbe 95 Stimmen (im Vorjahre 55), Nationalsozialisten 15 (im Vorjahre keine). Während also die RBD im Vorjahre noch 43,3 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, die freien Gewerkschaften nur 26,2 Prozent, die christlichen Gewerkschaften 26,5 Prozent, entfielen auf diese drei Gruppen in diesem Jahre je 30 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Das Gezeir der kommunistischen Presse gegen die Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte ist, wie das Resultat auf der Zeche Radbod beweist, absolut sinnlos. Auch die Nationalsozialisten, die gegen die Verschiebung der Betriebsratwahlen Sturm liefen, hätten alle Ursache zu schweigen. Das Annahmieren der Gelben ist lediglich eine Folge des Drucks der ungeheuren Krise, die ihnen die ausführungsschwachen Elemente zuteilt. Das zeigt sich besonders auch in der Beamtenschaft, in der der KKW-Bund 8 Stimmen, die gelbe Beamtenschaft dagegen 92 Stimmen erhielt.

## An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Der freigewerkschaftliche Bergbauindustriearbeiterverband hat für seine Mitglieder im vergangenen Jahr nicht weniger als 375 660 3 Mark an Unterstützungungen ausgezahlt. Der Barerfolg aus seiner Rechtschutzfähigkeit besitzert sich auf über eine Million. Der von den Kommunisten aufgejogene Bergarbeiterverband hat im vergangenen Jahr ganze 4000 Mark Unterstützungungen gezahlt, die er durch Sammellisten bei Belegschaftsmitgliedern zusammenbettelte.

# Berliner Bilanz im Gesamtverband

## Was eine Gewerkschaft auch in der Krise leistet.

Zum ersten Male seit der Gründung des Gesamtverbandes wird den Mitgliedern der Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin dieser Großorganisation für das vergangene Geschäftsjahr ein Rechenschaftsbericht vorgelegt, der in der Mitgliederbilanz einen Verlustposten ausweist. Mit einem Verlust von 14 325 Mitgliedern oder 11,4 Prozent und einem Bestand von 111 450 Mitgliedern, darunter 15 090 weiblichen und 2040 jugendlichen, schloß die Berliner Ortsverwaltung des Gesamtverbandes ihr Geschäftsjahr 1931 ab.

Der Hauptanteil des Mitgliederverlustes fällt auf das letzte Quartal des vergangenen Jahres. Im letzten Quartal 1931 gingen der Ortsverwaltung allein 11 200 Mitglieder verloren. Wenn man bedenkt, welche starken politischen und gewerkschaftlichen Bemühensproben die gesamte Arbeiterschaft gerade in den letzten drei Monaten des vorigen Jahres zu bestehen hatte, braucht man den Ursachen dieses starken Mitgliederverlustes in einem einzigen Quartal nicht nachzuspüren. Es sei nur daran erinnert, daß die mit beachtlichem Teilerfolg geführte Abwehrbewegung gegen die Angleichung der Gemeinde- und Werksarbeiterlöhne an die Reichsarbeiterlöhne auf Grund der Räterordnungen vom 5. Juni und 6. Oktober 1931 außerordentliche Anforderungen an die gewerkschaftliche Disziplin und politische Einsicht der in diesen Wirtschaftszweigen beschäftigten Verbandsmitglieder stellte. Der Erfolg gerade dieser Abwehrbewegungen ist von den Ergebnissen der insgesamt 212 Abwehrbewegungen, die von der Ortsverwaltung im Berichtsjahr für 303 387 Beteiligte geführt wurden, der markanteste Beweis dafür, daß eine gewerkschaftlich gut organisierte und vor allem disziplinierte Arbeiterschaft auch in den denk-

bar schlechtesten Zeiten ihre Positionen mit Aussicht auf Erfolg verteidigen kann.

In der finanziellen Entwicklung der Bezirks- und Ortsverwaltung ist zwar ein Stillstand, aber kein Rückschlag eingetreten. Der Bestand der Ortskasse hat sich im Laufe des Berichtsjahres noch um 66 692 Mark auf 1 095 187 Mark erhöht. Dieses Plus gegenüber den Kassenabflüssen der meisten anderen Verbände erklärt sich in der Hauptsache dadurch, daß der Gesamtverband infolge der Struktur seiner Mitgliedschaft nicht so hart von der Arbeitslosigkeit betroffen wird wie die übrigen Organisationen. Die Ortsverwaltung mußte zwar am Jahreschluß 1931 auch über 24 000 arbeitslose Mitglieder oder mehr als 21 Prozent ihrer Gesamtmitgliedschaft, doch ist diese Zahl gegenüber vielen anderen Arbeitergewerkschaften verhältnismäßig „gering“ zu nennen.

Die finanzielle Leistung der Organisation war auch im vorigen Jahre trotz der Senkung der Unterstützungssätze erstaunlich groß. Von den Einnahmen für die Hauptkasse in Höhe von 2,98 Millionen Mark flossen 1,80 Millionen Mark wieder in Form von Unterstützungen an die Mitglieder zurück, davon allein 417 359 Mark an Arbeitslosenunterstützung und 554 988 Mark an Krankenunterstützung.

Die Anziehungskraft des Gesamtverbandes wurde im Berichtsjahr am deutlichsten dadurch demonstriert, daß die Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten und der Arbeitnehmerverband des Friseurgewerbes sich ihm angeschlossen haben. Diese Anziehungskraft gibt die Gewähr für einen Wiederaufstieg.

Beamtenbundes zur republikanischen Verfassung und seinen Taten besteht ein klaffender Widerspruch, der im Interesse des Staates und des Beamtentums baldigst aufgeklärt werden muß.

## Auf den Stand vom 1. Januar 1925!

### Lohnabbauwünsche der Bauunternehmer.

Zwischen den Parteien des Baugewerbes für den Bezirk Sachsen-Anhalt fanden Donnerstag Verhandlungen über die erteilte Vereinbarung einer neuen Vertragsgrundlage statt, da die jetzt geltenden Verträge am 30. April dieses Jahres ablaufen. Die Unternehmer forderten eine Neuverfestigung der Löhne nach dem Stande vom 1. Januar 1925! Die Verhandlungen wurden nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen, da eine Verständigung nicht erzielt werden konnte. Die Lage ist gegenwärtig vollkommen ungeklärt, da auch die wirtsch. den Spitzenorganisationen am 22. Februar getroffene Vereinbarung nicht vorliegt, welche Instanz nunmehr für die weitere Behandlung der Angelegenheit zuständig ist, sondern den bezüglichen Tarifparteien alles weitere überläßt. Klar ist nur, daß die Bauunternehmer die Arbeiter zurückwerfen wollen auf das Niveau nach dem Ende der Inflation.

## Hinter den Kulissen.

### Die Proletarisierung der Bühnenmitglieder.

Die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger hat eine Denkschrift „Das deutsche Theater und seine Mitglieder in der Krise“ herausgegeben, die einen erschütternden Einblick gewährt in die Not der Bühnengehörigen und deren Abhängigkeit von einer ganz anderen Seite zeigt, als es dem großen Publikum für gewöhnlich offenkundig wird.

Die Knebelnagen der Schauspieler, die man oft von den wenigen hochbezahlten Stars gehäntet auf das Gros der Schauspieler überträgt, zerhacken in dieser Denkschrift wie Butter in der Sonne. Von der Wirtschaftskrise ist das Bühnenvolk ebenso hart, zum Teil sogar noch härter angepaßt worden, als das Millionenheer der Arbeiter und Angestellten. Die Kürzungen der Gagen, Spielgelder, Leistungszulagen usw. des Soperpersonals an den gemeinsamen Theatern beträgt in der Spielzeit 1931/32 gegenüber der Spielzeit 1930/31 durchschnittlich 45 bis 55 Prozent bei den Gagen über 1000 Mark, etwa 30 bis 35 Prozent bei den Gagen von 500 bis 1000 Mark und ungefähr 15 bis 25 Prozent bei den Gagen bis zu 500 Mark.

## Beamte und Politik.

### Der Deutsche Beamtenbund zur Reichspräsidentenwahl.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: Dem Gesamtverband des DBB lag ein Schreiben des Arbeitsausschusses der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse vor, in dem der Vorsitzende dieses Arbeitsausschusses an den Deutschen Beamtenbund die Bitte richtete, für den zweiten Wahlgang eine Parole für den Reichspräsidenten von Hindenburg auszugeben. Mehrere Organisationen, die dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen sind, hatten ebenfalls Anträge gestellt, die verlangten, der Deutsche Beamtenbund solle seine Mitglieder auffordern, im zweiten Wahlgang unbedingt für Hindenburg zu stimmen. Diese Anträge lösten eine erregte Aussprache auf der Tagung des Gesamtverbandes aus, in der die republikanischen Beamten wirtungsvoll ihre Auffassung vertreteten. Auf Antrag des Vorsitzenden des Deutschen Lehrervereins wurde beschlossen, zum zweiten Wahlgang des Reichspräsidenten keine Stellung zu nehmen. Hierauf gaben die Organisationen, die sich für die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg eingesetzt hatten, folgende Erklärung ab:

„Die Haltung des Gesamtverbandes ist nicht vereinbar mit Sinn und Wortlaut der Satzung und des Programms des Deutschen Beamtenbundes. Wir sehen in dem Umstand, daß der DBB vor parteipolitischen Einflüssen zurückweicht und organisationalistische Überlegungen höher stellt als sein Bekenntnis zum Verfassungsstaat, eine Verletzung des gewerkschaftlichen Grundgesetzes der parteipolitischen Neutralität. Wir sprechen es mit aller Deutlichkeit aus:

Die parteipolitische Neutralität muß da ihre Grenzen haben, wo Parteien sich anknüpfen, dem demokratischen Staat den Todesstoß zu versetzen.

Mit dem demokratischen Staat steht und fällt die unabhängige, in freier demokratischer Entwicklung allein mögliche gewerkschaftliche Beamtenbewegung. Wir sind nicht willens, uns in das Joch von Parteiführern zwängen zu lassen, die ihre eigene Diktatur an die Stelle einer aus dem freien Willen des Volkes hervorgegangenen Volksweltregierung setzen möchten. Wir sind auch nicht willens, eine Haltung des DBB, stillschweigend hinzunehmen oder in Zukunft zu bilden, die den noch vor kurzem vom Bundesvorstand mit Zustimmung des Geschäftsführenden Vorstandes verkündeten Grundsatzen nicht entspricht.“

Zwischen dem programmatischen Bekenntnis des Deutschen

## Ein Siebzigjähriger.

Heute vollendet der Genosse Karl Alboldt, der nicht nur vielen alten Gewerkschafts- und Parteigenossen in Berlin, sondern auch außerhalb der Reichshauptstadt bekannt ist, das siebzigste Lebensjahr. Nach seiner Rückkehr aus Nordamerika im März 1885 schloß er sich am 1. April desselben Jahres dem damaligen „Verein Berliner Hausdiener“ an. Im darauffolgenden Jahre, also zu einer Zeit, wo die Arbeiterschaft noch unter dem Druck des Sozialistengesetzes stand, gründete Alboldt mit einigen Berufsgenossen den „Unterstützungsbund der Hausdiener Berlins“, eine Vereinigung, die schon damals als auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend bezeichnet werden konnte. Aus dieser Vereinigung ist der „Handels-, Transport- und Berufe-Arbeiter-Verband“, der spätere „Berufsbund“ und jetzige Gesamtverband, hervorgegangen. Als Vertrauensmann für Deutschland in der Völkervereinigung der Handels- und Transportarbeiter hat er im Kampfe mit den Zentralisten stets seinen Mann gestanden. Nach dem Anschluß der Sozialorganisation an den Zentralverband wurde Alboldt 2. Vorsitzender und später Beisitzer im Verbandsvorstand.

Auch der Sozialdemokratischen Partei hat Alboldt wertvolle Dienste geleistet. Seit Oktober 1902 ist er Mitglied der „Reiner-Kommission“ der Vorwärts-Buchdruckerei und Treuhänder für die Aktiengesellschaft „Hindenburg“.

Obgleich, auf welchem Posten er gestanden, überall hat er seinen Mann gestellt, immer nur das eine Ziel im Auge, der Arbeiterbewegung zu nützen.

Wenn wir Alboldt für seine bisherige Tätigkeit im Interesse der Arbeiterschaft unseren Dank abstellen, wünschen wir zugleich, daß es ihm vergönnt sein möge, seinen Lebensabend sorgenfrei zu genießen.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Sonnabend, 2. April, findet folgende Veranstaltung statt: Jugendtag: Jugendheim Flughafenstr. 68 (U-Bahn Hohenschönhausen), Uebungsabend.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

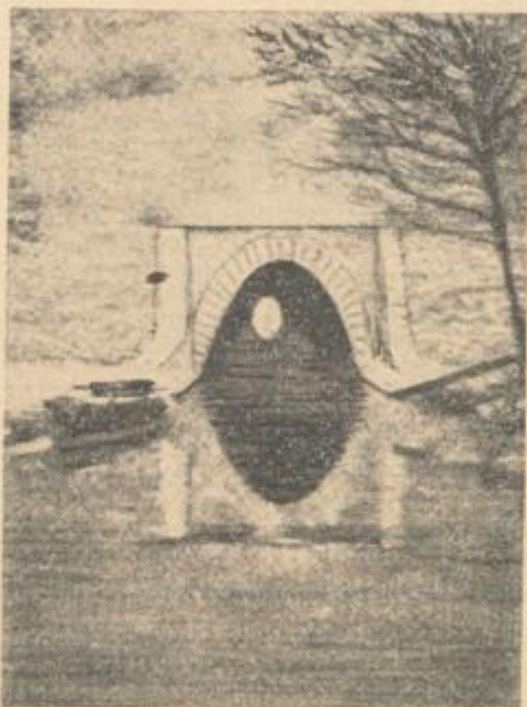
Unter Einwirkung läßt heute von 10 bis 12 Uhr im Jugendheim Flughafenstr. 68.

Verantwortlich für Politik: Walter Schiff; Schriftf.: G. Altmeyer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. Hans Schiffmann; Redakteur und Korrespondent: Fritz Kahlert; Anzeigen: Th. Glöckel; Anstalt in Berlin: Verlag: Norddeutsche-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutsche-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin G.B. 60, Lindenstraße 4. Seite 2 Beilage.

# Ins Tal der Ragöse

Die Mark bietet viele Überraschungen. Wer sie mit dem Zuge durchfährt, ist meist der Ansicht, daß es sich hier um eine öde, mit Kiefern und Kiefernen bedeckte Ebene handle. Um so erfreuter sind die meisten, wenn sich dann Schönheiten öffnen, die für jeden, der zu wandern und zu schauen versteht, unergötzlich bleiben.

Eine der Perlen der märkischen Landschaft ist das Gebiet um Eberswalde, das mit Sonntagsrückfahrkarte vom Stettiner Bahnhof aus leicht erreicht werden kann. Nördlich der Stadt verläuft der Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin, der immer noch „Hohenzollernkanal“ heißt. Dieser Kanal hat seine Merkwürdigkeiten. Durch den Bau des Schiffshebewerkes bei Niederfinow, das das größte der Welt ist, wird er weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt werden. Bei Eberswalde wird er über die Eisenbahn, die Berlin mit Stettin verbindet, hinweggeführt. Immer wieder bleibt es für die Fahrgäste eine Zusage ein Erlebnis, wenn plötzlich über ihnen der Schornstein eines Dampfers aufsteigt, dem vielleicht eine Reihe von Schleppflößen folgt. Wer diese Stelle erreichen will, muß von Eberswalde-Bahnhof zum „Wassertor“ laufen, das in etwa einer Viertelstunde zu erreichen ist. Hier mündet man sich nach Westen und folgt auf dem Damm dem Lauf des Kanals. Nach 1 1/2 Kilometer ist die Eisenbahnunterführung erreicht, die eine ausgezeichnete Ingenieurleistung darstellt. Bis jetzt hat das hoch über dem umgebenden Gelände geführte Kanalbett ausgezeichnet gehalten. Die Ingenieure haben aber damit rechnen müssen, daß das Bett einmal leer werden könnte. In diesem Falle würde der Kanal auslaufen und die abfließenden Wasser würden großes Unheil anrichten. Um das zu verhindern, wurden nicht weniger als drei Wassertore eingebaut, von denen wir eins bereits kennen lernten. Ihre Aufgabe ist es, die gefährdete Stelle abzusperren, die dann nach dem Verlaufen sofort ausgebessert werden kann.



Die Ragöse fließt unter dem Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin hindurch.

Oftens, wandern zum Wassertor zurück und darüber hinaus, bis wir nach einer guten halben Stunde das Ragösetal erreichen. Und hier erleben wir eine neue technische Merkwürdigkeit: die kleine muntere Ragöse, die aus nördlich gelegenen Seen entsteht und auf ihrem Lauf sogar einige Wassermühlen treibt, wird hier unter dem Kanal hindurchgeführt. Nach einem weiteren Lauf von etwas über einem Kilometer mündet sie dann in die Alte Finow, die ihre Wasser in die Oder leitet. Das Tal der Ragöse gehört zu den landschaftlichen Schönheiten der Mark, die hier an Thüringen erinnert. Das ganze Gebiet ist hügelig und abwechslungsreich mit Sträuchern, Wald und Wiesen bedeckt. Man steigt bequem in das Tal hinunter und entdeckt bald die Stelle, die unser Bild wiedergibt. Tief unter dem Kanalbett fließt das Bächlein dahin. Auf einem idyllischen Fußweg durchwandern wir das Tal bis Mönchsbrück und stoßen hier auf die Vieper Chaussee.

Nun kann man zum Schiffshebewerk weiter gehen, was unbedingt zu empfehlen ist. Die Chaussee ist zwar zunächst etwas eintönig. Sie führt aber später an steilen romantischen Waldhängen vorüber und verläuft dann parallel zum Kanal. Bald steigt das hohe, im Oberal stehende Gerüst des Schiffshebewerks als ein ausgezeichnetes Wegweiser vor uns auf. Links liegen noch die alten Schleusenanlagen, die in vier Stufen den rund 37 Meter betragenden Höhenunterschied zwischen der Ober- und der oberen Kanalhaltung überwinden. Rechts zweigt ein Kanal zu ihrer Umgebung ab und leitet zum Hebewerk, dessen Besichtigung von der Bauleitung in großzügiger Weise freigegeben ist. Im „Vorwärts“ ist mehrfach über dieses Bauwerk und seine technischen Einzelheiten berichtet worden.

Wer gut zu Fuß ist, mag nach Eberswalde zurückwandern. Sonst erreicht man in etwa einer halben Stunde vom Hebewerk aus die Bahnstation Niederfinow, von der aus die Rückfahrt über Eberswalde angetreten werden kann. Gesamtlänge bis Niederfinow etwa 19 Kilometer.

Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Beret, Stadtbaurat Hahn, veranlaßt, sofort den Aufsichtsrat der Gesellschaft zusammenzuberaufen, damit er sich mit dem unerhörten Vorgang beschäftigen kann. Der verantwortliche Direktor der „Beret“, Herr Martin, der der Volkspartei nahesteht, soll den leitenden Männern im Rathaus beteuert haben, daß er an der ganzen Angelegenheit unschuldig sei. Wir müssen demgegenüber erklären, daß ein Betrieb sehr schlecht geleitet erscheint, bei dem ein derart skandalöser Fehler möglich ist. Wir kommen zu der Forderung, daß der verantwortliche Direktor die Konsequenzen des empörenden Vorfalles tragen muß, auch aus der Erfahrung heraus, daß die „Beret“ sich in manchen anderen Fällen schon als nicht besonders republikanisch gezeigt hat.

Im übrigen erscheint uns die Beantwortung der Frage sehr interessant, ob denn die Nationalsozialistische Partei überhaupt schon die nicht unerheblichen Kosten der Plakatierung ihrer Werbeprojekte zum ersten Wahlgang bereits bestritten hat.

Wie uns ein „Vorwärts“-Leser mitteilt, wurde gestern Abend in den Briefkasten seiner im Hause Schumannstraße 17 gelegenen Wohnung Naziflugblätter gesteckt. Wie er feststellen konnte, ging die Verbreitung der Flugblätter von der Raskajerne im Hause Luisenstraße 19 aus.

## Raubüberfall auf Verwalter.

Vier bewaffnete Banditen erbeuten 1200 Mark.

Auf den Verwalter Adolf Benz wurde gestern Abend im Hause Dunderstraße 19 im Norden Berlins ein verwegener Raubüberfall verübt.

B. hatte wie gewöhnlich zum Monatsbeginn in der Portierwohnung die Mieten vereinbart. Um 18.30 Uhr klopfte es wieder an die Tür der Portierwohnung, und in der Meinung, daß es wieder

## Wählerlisten einsehen!

Mieter seien, die noch Miete bezahlen wollten, wurde geöffnet. Plötzlich stürzten vier zum Teil maskierte und mit erhabenen Revolvern bewaffnete Männer in die Wohnung. Unter dem Ruf: „Hände hoch!“ befehlten zwei Mann den Ausgang, während die beiden Komplizen die eingenommenen Mieten in Höhe von 1200 Mark an sich rissen. Mit der Beute flüchteten die Täter und entkamen trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie zu ihrer Flucht ein Auto benutzt haben, das sie irgendwo gestohlen haben.

## Die Schulferien.

Wir hatten vor einigen Tagen die Termine der Schulferien für 1932 veröffentlicht. Wie wir nachträglich feststellen mußten, sind wir dabei einem Irrtum zum Opfer gefallen. Die richtigen Ferientermine lauten wie folgt:

Frühling	Letzter Schultag 12. 5.,	Schulanfang 21. 5. 1932
Sommerferien	„ 30. 6.,	„ 5. 8. 1932
Herbstferien	„ 30. 9.,	„ 13. 10. 1932
Weihnachten	„ 22. 12.,	„ 5. 1. 1933

Der Einschulungstermin für neu eintretende Schüler und gleichzeitig der Schlußtag der Osterferien ist der 7. April 1932.

Schießerei in Charlottenburg. In der Potsdamer Straße in Charlottenburg kam es in den gestrigen Abendstunden zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer folgenschweren Schießerei. Drei Beteiligte — es soll sich um Angehörige der RSDAP handeln — wurden durch Bein- und Oberhantelschüsse niedergestreckt. Die Verletzten fanden im Krankenhaus Westend Aufnahme.

# Der Berek-Skandal.

Der Direktor wird gehen müssen / Plakate klebten noch am Abend.

Die Durchbrechung des für die Osterzeit vom Reichspräsidenten verfügbaren Osterfriedens durch das nächtliche Kleben der von der Städtischen Berek-Gesellschaft (Berliner Anschlag- und Kellermessen G. m. b. H.) betreuten Plakate mit Nazipropaganda hat sich zu einem öffentlichen Skandal entwickelt.

Die republikanische Bevölkerung war bereits mit Recht empört, als am Morgen die Nazipakete an den Wohnhäusern prangen. Die Empörung steigerte sich aufs Höchste und die „Vorwärts“-Redaktion wurde bis in die späten Nachstunden mit Telefonanrufen bestürmt, als bis spät in die Nacht hinein die Plakate noch immer an einer außerordentlich starken Anzahl von Säulen unberührt klebten. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß der

Polizeipräsident eine Besichtigung der Plakate bis 14 Uhr verlangt hatte. Es mußte sonderbar anmuten, daß die Forderung der Polizei so mangelhafte Erfüllung fand. Die „Beret“ erklärte zwar, daß sie alles versucht habe, die benötigten Arbeiter herbeizubekommen; das sei jedoch nur bis zu einem gewissen Grade möglich gewesen, weil die Kleber, die meist in den Nachstunden beschäftigt werden, am Tage schlafen und nur schwer zu erreichen sind. Es sei auch nicht möglich gewesen, so wird erklärt, Arbeitslose mit dem Kleben der Plakate zu betreiben, weil die dreitausend über Berlin verstreuten Säulen eine Ortskenntnis verlangten, die nur die angestellten Kleber besäßen.

Zugewiesen hat der Oberbürgermeister Dr. Sahm den

vorstellt. Sein krankhafter Leibesumfang, seine angeborene Schlappheit, seine unüberwindliche Schwerfälligkeit machten ihm alles, was in der Kaserne von ihm verlangt wurde, zur Höllequal. Beim Turnen brachten die Vorgesetzten ihn bis zu hysterischen Anfällen, weil sie ihn zu Leistungen zwingen wollten, die er während seiner ganzen Dienstzeit nicht fertigbringen konnte. Raun war er auf der Klettertange, so fiel er unverzüglich wieder herunter und schlug sich dabei blau und grün, aber er wurde gezwungen, seine Kletterversuche von neuem aufzunehmen, wieder und immer wieder, stöhnend, schweißend und schließlich völlig entkräftet. Marschieren und Griffelklopfen boten ihm unüberwindliche Schwierigkeiten. Seine geistigen Fähigkeiten entsprachen der Entwicklungsstufe eines dreizehnjährigen Kindes, und sein Gesicht hatte den dumpfen und törichtigen Ausdruck einer Kuh.

Der arme Kerl hatte alle Unbeherrschtheit, allen Aerger und alle Gehässigkeit der machtoberhörteten unteren Vorgesetzten auszubaden.

Befonders schlimm erging es denen, die die russische Sprache nur schlecht oder überhaupt nicht beherrschten, also den Tataren, Tschuwaschen, Armeniern, Polen und Juden.

In unserer Kompanie war ein kleiner runder Tatar namens Scheifula, ein Kerl mit einer winzigen Stupsnase und Schlitzaugen. Er verstand ein paar Worte russisch, konnte aber kein einziges sprechen. Die ewigen Zwischenfälle, die es mit ihm gab, hatten etwas Komisches und Trauriges zugleich, und natürlich war er dabei immer der Leidtragende.

Zu uns kamen Bekannte und Landsleute aus den anderen Kompanien zu Besuch. Man tauchte seine Eindrücke aus, erzählte von den Plakateuren der Vorgesetzten, den alles Menschenmaß übersteigenden Anforderungen, die an die Marschfähigkeit der Truppe gestellt wurden, und von allen anderen Mühsalen des Kasernenlebens. Dabei war auch von Grigorjew die Rede, dem Feldwebel der dreizehnten Kompanie. Den kannten nicht nur die Soldaten und Offiziere seiner Kompanie, sondern da\* wußte das ganze Regiment Bescheid. Selbst in den anderen Regimentern der Garnison war von ihm die Rede. Seine Grausamkeit war bereits legendär geworden, man nannte seinen Namen nur mit Schauern. In seiner Kompanie gab es jährlich eine ganze Anzahl Rekrutenelbstmorde. Seine wegen fanden jährlich mehrere Fluchtversuche statt. Duzende von Leuten seiner Kompanie kamen vors Kriegsgericht. Fast täglich fand in seiner Kompanie eine Disziplinaruntersuchung gegen mehrere

Leute statt. Vor ihm zitterten nicht nur die Gemeinen, sondern auch alle Unteroffiziere und Portepeeunteroffiziere. Der Kompaniechef, Major Raskin, war selbst scharf und böseartig, aber im Vergleich zu Grigorjew war er wie ein Kind; übrigens stand er völlig unter dem Einfluß seines Feldwebels. Bei allen Dienstzweigen, beim Turnen, in der Kaserne, im Sommerlager, in den Freistunden, immer und überall war Grigorjew von unerbittlicher Härte, verlangte Unmögliches, ließ seine Kompanie vor allen anderen ausruhen, nach allen anderen einrücken, gönnte niemandem eine Minute Ruhe, schimpfte, stieß, prügelte, und wenn die todmüde Kompanie nach all dieser Schinderei endlich wieder in die Kaserne kam, dann stellte er sofort die armen Sünder unter Gewehr. Er verhängte Strafarbeiten, meldete alle Augenblicke einen seiner Leute dem Kompaniechef und dachte sich Duzende von besonderen Martern aus. Alle Versuche, sich über ihn zu beschweren, mißglückten infolge des Einflusses, denn er auf den Kompaniechef hatte, und überhaupt infolge des ganzen, in der alten Armee herrschenden Beschwernensystems.

Damals passierte in unserem Nachbarregiment eine Geschichte, von der viele glaubten, sie könne nicht ohne Einfluß auf Grigorjews Wesen bleiben; indessen blieb er sich treu bis zu seiner letzten Stunde.

Die Kälte ließ nach, die Sonne schien, wärmte schon ganz angenehm und schmolz stellenweise den Schnee fort. Der Frühling kam. Wir alle, die ganze Kompanie wurden auf den Kasernenhof gejagt, bekamen Schaufeln, Schabeisen und Besen und mußten den Hof von Schnee und Schmutz säubern.

An einem dieser ersten Tage erschien plötzlich der Kompaniechef, Hauptmann Tschaika. Vorher hatte ich schon in der Morgenröthe vom Feldwebel meinen falligen Antritt bekommen. Wir hatten uns nach dem Tee gerade fertiggemacht, um zum Dienst auf den Hof zu gehen, als Gontschorow plötzlich vor mir stand. Ich reute mich nach allen Regeln der Kunst, zog den Bauch ein, wölbte die Brust vor, schlug die Abfälle gegeneinander und starrte dem Feldwebel in sein brutales Gesicht. Gontschorow musterte mich finstern. Der ganze Zug stand regungslos da und erwartete einen Ausbruch. Offenbar brauchte der Pian eines Anpiffes im Kopf des Feldwebels eine gewisse Zeit, um auszubrechen. Schließlich war er soweit und begann: „Wie hast du denn deinen Mantel angezogen, du Hundelohr? Worin sitzen die Falten vorne? Soll ich dir vielleicht mal den Mantel anziehen?“

(Fortsetzung folgt.)



Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

Aber Jaganfow ließ uns keine Ruhe, sondern kommandierte: „Lauschrift marsch, marsch!“

Und schweißbedeckt, erschöpft, mit blauen Gesichtern und gebühten Rüstern mußten wir im Gänsemarsch, einer hinter dem andern, weiter laufen. Der ermattete Arm mit dem Gewehr senkte sich niedriger, als die Vorderschrift es gestattete, und Jaganfow schrie: „Höher das Gewehr! Höher! Sonst lasse ich euch bis zum Abend laufen!“

Nach den Laufübungen wurde Marschieren im Gleichschritt geübt. Das dauerte zwei Stunden, und nun wurden wir in die Kaserne entlassen, gerieten aber bald darauf wieder dem Befreiten Jaganfow in die Klauen: es gab Griffelklopfen, Turnen und andere Dienstzweige. Er führte uns in eine stille, abseits gelegene Ecke des Kasernenhofs, und dort marterte er stundenlang unsere Körper und Nerven; er konnte einen schon zur Verzweiflung bringen mit seinen weit über Menschenkräfte gehenden Anforderungen und seinen ununterbrochenen Schimpfen und Schreien.

Die übrigen Abdrücker, Korporalschafis- und Zugführer unterschieden sich nicht sehr wesentlich von Jaganfow. Ohrfeigen, Knuffstöße, gemeine Beschimpfungen waren an der Tagesordnung, als ginge es nicht anders. Je bescheidener, folgsamer und freudig auch je schwächer einer war, mit um so wilderer Robheit fielen diese übergeschnapten Befreiten, Unteroffiziere und Portepeeunteroffiziere über ihn her.

In jeder Kompanie gab es ein paar Leute, auf die sich regelmäßig aller Grimm, aller Hohn und Spott sämtlicher Vorgesetzter entlud.

Da war der Rekrut Tjurin, dick, schlaff und plump wie ein kurzer und breiter, mit Heu vollgestopfter Sack; er sah in der Tat nicht ganz so aus, wie man sich einen Soldaten

## Der zweite Wahlgang.

Polizeiliche Maßnahmen für Berlin.

Der Polizeipräsident teilt mit, daß mit Beginn des Wahlkampfes am Sonntag, dem 3. April, mittags 12 Uhr, für den Ortspolizeibezirk Berlin eine Reihe grundsätzlicher Anordnungen erlassen worden sind. Danach sind Aufzüge, Aufmärsche und Versammlungen unter freiem Himmel nur bis Freitag, den 8. April, gestattet. Von Sonnabend, den 9. April, ab können keine derartigen Veranstaltungen mehr genehmigt werden. Es werden grundsätzlich nur zentrale Veranstaltungen mit An- und Abmärschen genehmigt, gleichgültig, wo sie veranstaltet werden. Kleinere Aufzüge und Aufmärsche in den verschiedenen Stadtteilen bleiben unberücksichtigt. Demonstrationen und Aufmärsche können Fahnen mit sich führen, doch bleibt die Mitnahme von Transparenten aller Art verboten. Umzüge mit Kraftwagen werden nicht genehmigt. Die Bekanntgabe von Wahlergebnissen auf der Straße durch Anschläge, Lichtreflexe, Ausschlag in den Schaufenstern, Mitteilung durch Lautsprecher und dergleichen bleibt noch wie vor verboten. Die diesbezüglichen Anordnungen, die für den ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl ergangen sind, bleiben in Kraft.

Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß ordnungsgemäß angemeldete und friedlich verlaufende Versammlungen unter besonderem polizeilichem Schutz stehen. Sollte Versammlungsprengung von Anhängern irgendeiner Partei versucht werden, so hat die betreffende Partei mit dem Verbot ihrer eigenen weiteren Versammlungen bestimmt zu rechnen.

Vor den Abstimmungslokalen und in den Abstimmungslokalen können Zusammenkünfte nicht befugter Personen nicht geduldet werden. Plakatträger mit Wahlplakaten müssen allein stehen und dürfen sich nicht in Begleitung mehrerer Personen befinden.

## Arbeitslosenhilfswerk auch im Sommer.

Fußballspiele und Plakonzerte als Werbemittel.

Die Rotgemeinschaft Berlin zur Errichtung von Heimen und Küchen für Erwerbslose wird auch während des Sommers ihre Küchenanlagen voll in Betrieb erhalten. Das schwierigste Problem ist jedoch noch die Beschaffung der hierzu erforderlichen Mittel. Der Bezirk Baumschulenweg der Rotgemeinschaft hat zur Ausbringung weiterer Mittel nachstehende Veranstaltungen organisiert und bittet die Bevölkerung um guten Zuspruch.

Am Sonnabend, dem 2. April 1932, 17 Uhr, findet auf dem Sportplatz Preußen, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße, ein Fußballwettkampf zwischen der Mannschaft der Rotgemeinschaft Baumschulenweg und der spielstärksten Oberliga-Mannschaft BSB. 92 statt. Die bisher ungeschlagene Mannschaft der Rotgemein-

# Jubiläums-Gastwirts-messe.

### Heute Eröffnung. — Der beste Koch und die beste Köchin gesucht.

In den Ausstellungshallen am Funkturm findet vom 2 bis 8. April die 10. Jubiläums-Reichsgastwirts-messe, die heute vormittag um 10 Uhr feierlich eröffnet werden wird, statt.

Rund 350 Aussteller zeigen, was von Klein- und Großbetrieben für Küche und Keller, sowie für das Restaurant im Saal und im Garten benötigt wird. Die Ernährungs- und Genussmittelindustrie ist mit Feinkostwaren, Konserven, Molkereierzeugnissen, Kolonialwaren, Tabakwaren, Getränken und Konditoreierzeugnissen zur Stelle. Viele Neuerungen bringt die Metallwaren- und Maschinenindustrie an Apparaten und technischen Erzeugnissen. Auch ein zweckentsprechend eingerichtetes Wochenendhotel wird gezeigt. Dazu kommt eine starke Beteiligung der Technik in den verschiedensten Formen für die Erfordernisse von Küche und Keller. Wie die Ausstellung zeigt, ist die Art der Speis Zubereitung heute tatsächlich Gegenstand moderner technischer Forschung geworden. Motorbetriebene Geräte und Maschinen zum Messer-, Gießen-, Flaschen- und Tellerreinigen sind in großer Zahl vertreten. Ebenso die Kühlvorrichtungen, Eiskränze, Ventilationsvorrichtungen, Apparaturen zur Pflege des Biers usw. — In der Halle II findet der Besucher die wahre Praxis. Hundert Gasherde der Gasag zum Braten, Kochen und Baden bieten dem Besucher Gelegenheit, während der Ausstellung an Wettkämpfen um die Siegespalme der Kochkunst teilzunehmen.

### Um die Siegespalme der Kochkunst.

Das große Kochturnier, das unter der Devise „7 Tage unter der Herrschaft des Kochlöffels“ vom Hausdienst der Berliner Städtischen Gaswerke und dem Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin in der großen Halle II des Ausstellungsgeländes am Kaiserdamm veranstaltet wird, wird täglich zwischen 15 bis 18 Uhr durchgeführt. Hierbei gelangen Preise im Gesamtwert von

40 Musikern bestehende Orchester vor der Kirche in Baumschulenweg, Baumschulenstraße, ein Plakonzert veranstalten. Ein weiteres Plakonzert findet zur gleichen Zeit zugunsten des Heimes Friedrichshain auf dem Landsberger Platz statt. Hierfür hat sich dankenswerter Weise der Bläserchor Friedrichshain zur Verfügung gestellt.

schafft hofft, am Sonnabend ihren Siegeszug fortsetzen zu können. Mit wahrer Begeisterung sind die in der Fußballmannschaft vereinigten Erwerbslosen bei der Sache, um auch zu ihrem Teil am Weiterbestehen des Hilfswerkes beizutragen.

Für Sonntag, dem 3. April 1932, hat sich in dankenswerter Weise das Musikkorps der BSB. unter Leitung seines Musikmeisters Herrn Harrig völlig ehrenamtlich in den Dienst der guten Sache gestellt. In der Zeit von 12 bis 1 Uhr mittags wird das aus

über 10 000 Mark zur Verteilung. Am 3. April — dem einzigen Ausstellungssonntag — treten die Junioren zum Kampf an. Unter Mitwirkung der Haushaltungsschulen wird an diesem Tag — „Unsere Jugend kocht“ — die neuausgemusterte Armee der Kochkunst aufmarschieren und zeigen, wer den Marschallstab in seiner Schürze trägt und wer Anlage hat, ein Brillat-Savarin zu werden.

Höchste Erfahrung und Umsicht wird am Montag, dem 4. April, der im Zeichen der „Gastwirtsfrauen am Gasherd“ steht, wachen, um den Preis zu erringen. Unter Mitwirkung der Berliner Gastwirtsorganisationen werden Hausfrauen, die gewohnt sind, Bataillone von Nahrungsmitteln in Marsch zu setzen, und die wissen müssen, was „allen“ mundet, kochen. Es ist der Wettkampf der erfahrensten Küchenträgerinnen. Ein Schaufochen der prominenten Berliner Bühnenkünstler — Schauspielerkochen — mit Unterstützung der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen wird dann am Dienstag, dem 5. April, stattfinden gehen. Die Leitung dieser Veranstaltung hat Karl Weiß übernommen. Die bedeutendsten Bühnensterne sollen zeigen, wie sie „rühren“ und „entflammen“ können. Ein jeder und eine jede darf kochen, was er oder sie will.

Zu allen Veranstaltungen haben die Besucher der 10. Jubiläums-Reichsgastwirts-messe freien Eintritt. Große Zuschauerkabinen und Sitzplätze, insgesamt für etwa 8000 Personen, umrahmen das Turnierfeld. Die zur Verwendung kommenden Lebensmittel und Speisen werden täglich durch die zuständigen Organisationen Bedürftigen zur Verfügung gestellt.

Am 8. April, nachmittags 15—17 Uhr, findet ein großes Schau- und Preisfochen für Seefischgerichte statt. Wie im Vorjahre, so soll auch diese Veranstaltung wieder eine Aufklärung über den Wert und Nutzen der Seefische, ihrer einfachen Zubereitungs-möglichkeiten, sowie ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung erzielen.

## Schlechte Zeiten für Devisenschieber.

### Das zweitinstanzliche Urteil gegen Guthertz und Kumpant.

Das Schnellschöffengericht hatte im ersten Devisenschieber-prozess Guthertz und Kumpant hohe Gefängnis- und Geldstrafen verhängt und auf Einziehung von der Londoner Firma Singer & Friedländer gehörenden Werten in Höhe von einer Million Mark erkannt. Die Angeklagten und die Firma hatten sich mit diesem Urteil nicht zufrieden gegeben. Unter Aufwand eines großen Verteidigerapparats wurde vor der Strafkammer zwei Wochen lang verhandelt, während das Schnellschöffengericht nur zwei Tage gebraucht hatte.

Das Ergebnis war für die Angeklagten sowie für die Londoner Firma ein äußerst mageres. Es blieb bei der Einziehung der Werte in Höhe von mehr als einer Million. Auch bei der Gefängnisstrafe von zehn Monaten und 5000 Mark für den Bankier Oppenheimer. Die Strafe für den Bankkommissionär Palazi wurde sogar von neun Monaten Gefängnis auf zehn Monate, die Geldstrafe von 5000 Mark auf 12 000 Mark erhöht. Ermäßigt wurde nur die Strafe gegen Dr. Guthertz von fünfzehn Monaten auf neun Monate Gefängnis, da er nur das ausführende Organ der Firma Singer & Friedländer gewesen war. Die in- und ausländischen Devisenschieber werden sich also in Zukunft vorsehen müssen! Die Vormünder gegen das Schnellschöffengericht haben sich aber als ungerechtfertigt erwiesen; es hat in den zwei Sitzungstagen nicht weniger korrekt gearbeitet als die Strafkammer in ihrer zweiwöchentlichen Behandlung.

## Jugend für republikanische Freiheit.

Der Vortrupp des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Gau Berlin-Brandenburg, die jüngste republikanische Organisation, hat ihre Feuerprobe bestanden. Neuruppin sah über Ostern 63 Mann, Führer und Jungen, die zu den Jüngsten in der republikanischen Front zählen und die doch schon zu zeigen vermochten, daß sie da sind, wo sie als denkende junge Menschen stehen müssen: in der Front gegen die Reaktion, im Lager der republikanischen Freiheit. Wenn morgens am Fahnenmast das schwarz-rot-goldene Banner hochging, dann wurde es von 63 Menschen begrüßt, die in feierlicher Entschlossenheit ihr Bekenntnis zu seiner symbolhaften Bedeutung ablegten. Es war gut, daß die Neuruppiner Spießbürger Hugenbergler und Hitlerischer Richtung wieder einmal sahen, wie stark die Kräfte sind, die zum Staate von Weimar halten. Im hellen Lichte der Ostertage zogen die Jungen durch die Straßen, in mustergültiger Disziplin und als Vertreter des neuen Deutschlands. Zusammen mit dem Neuruppiner Reichsbanner wurden Spiele veranstaltet, die den Vortrupp in die Umgebung hinausführten, man lagerte gemeinsam und sang die Kampflieder der Republik, aber auch die Fahrliebhaber der bündischen Jugend. Organisatorisch lag die Leitung in den Händen des Gau-Vortruppführers Prinz zu Löwenstein, von dem die nötigen Anweisungen an die Truppführer ergingen. Die Stimmung der Jungen war ausgezeichnet und die Fahrt hat zweifellos wesentlich zur Stärkung der Bewegung beigetragen. Inzwischen haben sich bereits drei neue Ortsvereine der Vortruppbewegung angeschlossen.

# Wie ein Warenhaus wurde

Vor etwas mehr als 50 Jahren war der Detailhandel noch eine gerühmte Sache: für den in einer handwerklich-patriarchalischen Welt lebenden Gemischtwarenhändler war der Absatz etwas Gegebenes, kein Krümer brauchte über ihn nachzusinnen, geschweige diesen Absatz erst mühsam organisieren. Mit der zunehmenden Industrialisierung Deutschlands jedoch geriet dieses Ideal ins Wanken.

Einmal warfen — ganz großblättrig ausgebreitet — die Fabriken immer mehr Waren auf den Markt, ohne daß die entsprechende Mehrschicht miteingezogen wurde. Zum anderen hatten sich die Händler verdoppelt und verdreifacht. So kamen zum Beispiel im Königreich Preußen im Jahre 1843 auf je 10 000 Einwohner erst 97 Handeltreibende, 1890 aber schon 240 Mann. Im Königreich Sachsen war die Zunahme noch stärker, dort zählte man um die Mitte des vorigen Jahrhunderts auf je 10 000 Einwohner wohl bereits schon 256 Handeltreibende, 1895 aber nicht weniger als 637 Händler. Die Folge hieron war eine ungemessene Verfeinerung der Konkurrenz. Jetzt wird der Absatz der Waren langsam zu einem Problem, das sich mit den alten hausbackenen Mitteln nicht mehr lösen läßt. „Der Kunde, den man früher wohlgenut erwartet hatte, und der auch sicher gekommen war, da sich für ihn keinerlei wesensverändernde Kaufgelegenheit anderswo bot, der Kunde mußte jetzt gesucht, angegriffen, herbeigeholt werden“, schreibt Werner Sombart.

Um jene Zeit, genau 1882, eröffnet der Hermann Tietz zusammen mit seinem Reffen Oscar Tietz in Gera i. Thür. ein Kurz-, Weiß- und Wollwarengeschäft. Es ist die Zeit, als der Handwerker beginnt, in den Hintergrund des wirtschaftlichen Geschehens zu treten und für den Warenverleiher der Kaufmann sein Erbe antritt. Die beiden Männer bauen sich einen Kundenkreis auf, vergrößern ihren Jahresumsatz und machen dabei eine entscheidende Entdeckung: wenn der Händler bei gleichen Ausgaben für Miete, Bedienung, Heizung, Beleuchtung usw. doppelt soviel Waren umsetzt, so ergibt sich für ihn entweder eine höhere Verzinsung seines Kapitals — wenn er die Umschläge auf das einzelne Stück unverändert läßt — oder aber die Möglichkeit, ohne seinen Profit zu schmälern, am Umschlag auf das einzelne Stück abzusaffen, also die Ware billiger zu liefern. Diese Erregung wurde zur Lösung allen modernen Handels: großer Umsatz, kleiner Nutzen. 1896 wurde dann in Gera mit dem ersten Warenhaus Hermann Tietz die Probe aufs Exempel gemacht

und die Rechnung ging auf. 1882 in Gera stand hinter dem Laden Tietz neben Oscar und Hermann Tietz eine Verkäuferin; die Tageseinnahme betrug 34 Mark. Heute beschäftigt der Warenhauskonzern Tietz 20 000 Angestellte und hat einen Jahresumsatz von 300 000 000 Mark. Eine Entwicklung, auf die die Herren Tietz stolz sein können. Das Prinzip, dem Kunden eine gute Ware zum billigen Preis zu verkaufen, kann

allerdings vom Ladentisch allein nicht durchgeführt werden, ebenso wichtig ist hierzu das Einkaufsbüro. Und hier liegt der zweite entscheidende Faktor für den Erfolg des Warenhauses: ein Konzern, bei dem allabendlich auf den Zahlzetteln seiner Tausende von Registriertassen die phantastische Summe von 1 000 000 Mark liegt, besitzt natürlich eine ungeheure Einkaufsmacht. Tietz besitzt nicht einmal eigene Produktionsstätten. Das heißt, dem Konzern Tietz gehören schon diese oder jene Fabriken, aber sie sind nicht eine Abteilung des Konzerns, sondern müssen vollkommen auf eigenen Beinen stehen, auch dann, wenn die Tietz'schen Warenhäuser ihnen nichts abkaufen würden. Im übrigen kauft Tietz direkt beim fremden Fabrikanten, der Großhandel wird ausgeschaltet.

Das ist nämlich sehr interessant, wie Tietz auf eigene Erzeugung verzichtet. Denn die Kraft der Maschine hat auch ihre Grenzen. Wenn es nur darauf ankommt, da und dort Wammuschmaschinen zu errichten und nun zu produzieren auf „Deibel komm raus“, dann müßte es beispielsweise im Berliner Bädergewerbe keinen einzigen Ladenbäder mehr geben. Statt dessen sehen wir, daß trotz aller Konkurrenz der Wammuschfabriken die kleinen Bädchen in den Nebenstraßen noch immer ein paar laufend Bäder ernähren. Denn der Vorteil, den die Maschine der Fabrik gegeben hat, den aufzufressen ist der Transportapparat wieder dabei. Und schließlich fallen derartig große Maschinenanlagen nicht vom Himmel, sie müssen gekauft und bezahlt werden. Und mit soviel Schulden als Klotz am Bein Boot baden, muß seine Freude sein. Das ist nur ein Beispiel für Brot. Maschinen können gehörige Sorgen machen. Also überläßt die Firma Tietz die Maschinen den anderen. Die Einkäufer von Tietz wissen schon, wo sie eine gute Ware auch billig bekommen. Und die gesteigerte Schnelligkeit, mit der oftmals im Jahre dieses oder jenes Warenlager umgeschlagen wird, ist dann weiter einer von den großen Trümpfen, die den Erfolg des Warenhauses und insbesondere der Firma Tietz fundamentieren helfen.



Das Stammhaus der Firma Hermann Tietz in Gera 1882.

# Mal wieder was Erfreuliches

Mit Eulan behandelte Wollstoffe aller Art für die Kleidung und das Heim, Decken, Polstermöbel, Bettfedern und Pelze sind dauernd mottenecht. Man erkennt Eulan-Waren an der abgebildeten Schutzmarke: gelbe Hand auf schwarzem Grund. Fragen Sie in den hiesigen Geschäften nach Eulan-Waren und lassen Sie sich aufklärende Drucksachen über Eulan geben. Auf Wunsch sind die Mitglieder der Schneiderinnung bereit, eulanisierte Stoffe zu verarbeiten. • Die Färbereien und chemischen Reinigungsanstalten nehmen Aufträge auf nachträgliche Eulanbehandlung im Gebrauch befindlicher Teppiche, Decken usw. entgegen. •



## Die Unglücksfahrt der Winkelftern.

Staatsanwalt und Kriminalpolizei in der Kanistraße.

In den gestrigen Abendstunden fand an der Ecke der Kant- und Kaiser-Friedrich-Straße in Charlottenburg ein Lokaltermin statt zur Klärung der Unglücksfahrt der Tänzerin Marianne Winkelftern.

Die bekannte Berliner Artistin hatte am Mittwoch, dem 16. März, mit ihrem Auto die Kanistraße passiert. Dabei war ihr an der Ecke der Kaiser-Friedrich-Straße der 50 Jahre alte Oberingenieur Oskar Rudloff aus der Benninglenstraße 17 vor den Wagen gelaufen und angefahren worden. Rudloff zog sich bei dem Sturz einen Schädelbruch zu und verstarb. Von der Staatsanwaltschaft war jetzt ein Lokaltermin angelegt worden. Dieser mußte noch vor der Abreise der Künstlerin stattfinden, da Marianne Winkelftern nach London fährt, um dort in der Revue Charells mitzuwirken. Der Lokaltermin wurde von Staatsanwalt Wolf geleitet. Vom Unfallbezernat des Berliner Polizeipräsidiums war Kriminalkommissar Schneider erschienen. In der Unfallstelle wurden fünf Zeugen verhört.

Marianne Winkelftern war in Begleitung ihres Verteidigers erschienen. Bei der Unglücksfahrt hatte sie einen Ford-Wagen benutzt, dessen Kühler bei einem erneuten Zusammenstoß — einige Tage später — demoliert wurde. Es wurde ihr jetzt ein Ersatzwagen vom gleichen Typ gestellt. Dem Staatsanwalt Wolf gegenüber, der übrigens bei einer Autofahrt einiger hoher Justizbeamten vor einiger Zeit schwer verletzt wurde, erklärte die Tänzerin, daß sie nach ihrer Meinung richtig gefahren sei. Sie war an jenem Abend vom Reichstanzlerplatz gekommen, hatte an der genannten Straßenecke vorschriftsmäßig gestoppt, war dann weitergefahren und hatte Gas gegeben. 50 Meter hinter der Ecke seien nun zuerst ein Herr und eine Dame über den Damm geschritten, denen der Oberingenieur folgte. Marianne Winkelftern hatte mit aller Kraft gebremst. Das Unglück geschah aber dennoch. Es spielte sich in der Nähe der Straßenbahnlinien ab, die auf der Mitte des Damms liegen.

In den Aussagen der einzelnen Zeugen zeigen sich Widersprüche. Einige behaupten, daß die Tänzerin zu schnell gefahren sei. Andere hatten nur das Ehepaar gesehen, andere im letzten Augenblick nur Rudloff. Die Fußgänger haben den Damm nicht vorschriftsmäßig an der Ecke der Straßenkreuzung überschritten, sondern erst weitere 50 Meter entfernt. Das Auto der Tänzerin erfasste den Oberingenieur mit dem linken Kotflügel.

An der Unglücksstelle brennt eine einzige Straßenlaterne, die nur sehr schwaches Licht gibt. Der Lokaltermin ist dadurch erschwert, daß es am Freitagabend geregnet hatte, und das Pflaster schlüpfrig war, während damals die Straße trocken war. Die Ergebnisse des Termins sind deshalb etwas ungenau. Um die Schnelligkeit festzustellen, mit der die Tänzerin gefahren ist, mußte sich Marianne Winkelftern an das Steuer des Wagens setzen und die Fahrt wiederholen. Eine Bereitschaft Schupos mußte die Straße auf größere Entfernung hin absperren, da sich eine riesige Menschenmenge angeeignet hatte.

Der Lokaltermin wurde dann abgedruckt, die Aussagen der Beteiligten wurden protokolllarisch festgelegt.

## Baubeginn der Stadttrandsiedlung.

Nachdem vom Berliner Magistrat die Auswahl der Bewerber einer Siedlerstelle mit Häuschen getroffen worden ist und eine vorläufige Mitteilung an diese erging, kann damit gerechnet werden, daß auch bald mit dem Aufbau begonnen wird. Je früher dieser Zeitpunkt gewählt wird, um so mehr Aussicht besteht, daß die Pflanzungen in den Gärten noch erfolgen können; für Obstbäume und Sträucher wird es freilich für das Frühjahr schon zu spät. Nach unseren Informationen soll am 11. April mit dem ersten Bauabschnitt von 350 Siedlungshäusern begonnen werden, und zwar auf einem Gelände an der Budorfer Chaussee bei Brig. Die ausführende Firma für diese Kolonie ist die „Gehag“.

## Tote finden keine Ruhe!

Paris, 1. April. (Eigenbericht.)

In der Zeit vom 25. Februar bis zum 29. März sind auf den ehemaligen Schlachtfeldern bei Arras 361 Soldatenleichen gefunden worden. Unter ihnen befinden sich 220 Leichen deutscher Soldaten, von denen bisher 40 identifiziert werden konnten.

# Kehraus mit Hitler!

Unsere nächsten Veranstaltungen:

## Montag, den 4. April:

25. Abt. 19½ Uhr im „Birkenwäldchen“, Tempelhof, Manteuffelstraße. Frauenwerbepreisveranstaltung. Referat der Genossin Käthe Kern: „Auf zur Entscheidung“.

BVG. Bahnhof Nordend. 19 Uhr im Lokal Sanssouci, Kaiser-Wilhelm-Straße 43. „Auf zur Entscheidung“. Referent: Georg Klaußner, MdL.

## Dienstag, den 5. April:

1. Kreis — Mitte. 19½ Uhr in den Sophiensälen, Sophienstr. 18, öffentliche Versammlung. Referat des Genossen Dr. Otto Friedländer: „Auf zur Entscheidung“.

3. Kreis — Wedding. 19½ Uhr, drei öffentliche Kundgebungen: im „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünder Str. 42, Referent: Fritz Schröder; im oberen Saal der „Atlantiksäle“, Behmstraße, Bahnhof Gesundbrunnen, Referent: Erich Kuttner, MdL; in der „Hochschulbrauerei“, See-Ecke Amrumer Straße, Referent: Robert Breuer.

10. Kreis — Zehlendorf. 20 Uhr im „Lindenpark“, Zehlendorf, Berliner Straße, öffentliche Kundgebung. Referat des Genossen Max Heydemann: „Auf zur Entscheidung“.

11. Kreis — Schöneberg. 20 Uhr im Rathaus Friedenau, am Lauterplatz, Referat des Genossen Dr. Richard Lohmann, MdL: „Auf zur Entscheidung“.

43. Abt. 20 Uhr in „Rabes Festsälen“, Fichtestraße 29, öffentliche Kundgebung. Referat des Genossen Karl Litke, MdR: „Auf zur Entscheidung“.

48. Abt. 19½ Uhr im „Dresdener Garten“, Dresdner Straße 45, öffentliche Kundgebung. Referat des Genossen Georg Klaußner, MdL: „Auf zur Entscheidung“.

108. und 108a Abt. — Cöpenick. 20 Uhr, öffentliche Kundgebung im Stadttheater, Friedrichstraße 6, Referent: Wilhelm Dittmann, MdR.

109. Abt. — Friedrichshagen. 20 Uhr, öffentliche Kundgebung im großen Saal des „Gesellschaftshauses“, Friedrichshagen, Friedrichstraße 137. Referent: Genosse Stelling, MdR.

128. Abt. — Pankow. 19½ Uhr öffentliche Kundgebung im „Kurfürsten“, Berliner Straße 102. Referat des Genossen Dr. Haubach: „Auf zur Entscheidung“.

Arbeitsamt Mitte. 16½ Uhr, „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Straße 40-41. Referent: Otto Meier, MdL.

Allgem. Ortskrankenkasse Berlin. 16 Uhr, „Alhambra Festsäle“, Wallner-Theater-Straße 15. Referent: Hans Gottfurcht vom ZdA.

Statistisches Reichsamt. 16½ Uhr, „Nationalhof“, Bülowstr. 37. Referent: Ernst Hildebrandt, Polizeisekretär.

Bezirksamt Mitte. 16½ Uhr, „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11-12. Referent: Robert Bredow vom Ortsausschuß des ADGB.

## Mittwoch, den 6. April:

3. Kreis — Wedding. 19½ Uhr zwei öffentliche Kundgebungen: in der „Patzhofer-Brauerei“, Chausseestraße 64, Referat des Genossen Dr. Richard Lohmann, MdL: „Auf zur Entscheidung“; in den „Pharus-Sälen“, Müllerstraße 142, Referat des Genossen Erich Kuttner, MdL: „Auf zur Entscheidung“.

11. Kreis — Schöneberg. 19½ Uhr im „Gesellschaftshaus des Westens“, Hauptstraße 30-31, Frauenwerbepreisveranstaltung. Referat der Genossin Gertrud Hanna, MdL: „Gegen Reaktion und Terror im Reich und in Preußen“, Rezitationen der Genossin Martha John, ferner Mitwirkung des Arbeiter-Mandolinen-Bundes.

39. und 40. Abt. 19½ Uhr in den „Kammersälen“, Teltower Str., öffentliche Kundgebung. Referat des Genossen Hermann Harnisch, MdL: „Auf zur Entscheidung“.

41. und 42. Abt. 19½ Uhr in „Kleins Festsälen“, Blücherstr. 61, öffentliche Versammlung. Referat des Genossen Fritz Schröder: „Auf zur Entscheidung“.

46. Abt. 19½ Uhr in der Schulaula Görlitzer Str. 51, öffentliche Kundgebung, „Auf zur Entscheidung“, Referent: Georg Klaußner, MdL.

Staaen. 19½ Uhr im „Sportpalast“, Lehrter Straße, öffentliche Kundgebung. Referentin: Marie Juchacz.

## Heilmann vor den Parteireferenten!

Alles eingeleitet für den Sieg Braun-Severings!

Am gestrigen Abend fand wieder eine Zusammenkunft der Parteireferenten in den Sophiensälen statt. Der Führer der preußischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Genosse Ernst Heilmann, sprach über die Parteien im Preussischen Landtag.

Seine überzeugenden und mitreißenden Darlegungen gingen davon aus, daß es in diesem Wahlkampf für uns nur zwei Gegner gibt: die Nationalsozialisten und, als Feind im Rücken, die Kommunisten. Genosse Heilmann geißelte die verbrecherische und verklogene Politik dieser Parteien und stellte ihnen die ernsthafte und mühevollen, aber auch erfolgreiche Arbeit der Sozialdemokratie gegenüber. Zu dem, was wir Sozialdemokraten in Preußen geschaffen und geleistet haben, können wir uns jederzeit freudigen Herzens bekennen. Braun-Severing in Preußen bedeutet ein Stück politischen Sozialismus! Preußen hat mehr als einmal öffentliche, gemeinwirtschaftliche Betriebe vor dem Zugriff der kapitalistischen Privatwirtschaft gerettet. Die Versammlung, von kampffrohem und siegesgewissem Geiste befeuert, stimmte den Ausführungen des Referenten mit großem Beifall und völliger Einmütigkeit zu. Die glänzende und kampfesfrohe Stimmung der Parteireferenten kam auch in den Worten des Genossen Künstler zum Ausdruck, der zum Schluß feststellte: Wenn wir in dem Sinne arbeiten, in dem heute zu uns gesprochen wurde, dann werden wir uns in der nächsten Zusammenkunft als Sieger wiedersehen!

Zufziehen der Reichsmehrweite ohne Mühe. Wegen Beurteilung des Musikkorps der Kommandantur zieht die Wache am Sonntag, dem 3. April, am Dienstag, dem 5. April, am Freitag, dem 8. April, am Sonntag, dem 10. April, am Dienstag, dem 12. April, am Freitag, dem 15. April, und am Dienstag, dem 19. April, ohne Mühe auf. Am Sonntag, dem 17. April, zieht die Wache mit dem Musikkorps des 3. Bataillons des Infanterieregiments 9 auf.

## Wieder Selbstmord eines Schupo.

In der Polizeiunterkunft erschossen aufgefunden.

In der Polizeiunterkunft Alexander verübte gestern der Polizeioberwachmeister Scheel vom 9. Polizeirevier Selbstmord durch Erschießen. Sch. wohnte mit seiner Frau in der Polizeiunterkunft. Er war ein pflichterfüllter und wegen seines immer heiteren Wesens allgemein beliebter Beamter. Als Frau Sch. gestern von einem Einkauf heimkehrte, fand sie ihren Mann mit einem Schloßschuß tot auf. Ueber die Gründe der Tat steht man vor einem Rätsel.

## Rätselhafter Tod eines Künstlers.

Ein rätselhafter Leichenfund, der unterhalb des Kaiser-Wilhelm-Turmes auf der Havel in der Nähe des Grunewalds gemacht wurde, alarmierte die Reserveordkommission des Berliner Polizeipräsidiums, das Kriminalkommissar Liffigkeit und seine Beamten an den Fundort entsandte. In den Nachmittagsstunden war die Leiche eines bisher noch unbekannten Mannes im Alter von etwa 60 Jahren aus der Havel gelandet worden. Der Tote hatte den Typ des Künstlers. Da sich bei der Befichtigung der Leiche rätselhafte Umstände ergaben, wurde die Ordkommission benachrichtigt.

Wetterausichten für Berlin: Wolkig und sehr mild, nur noch vereinzelt etwas Regen. — Für Deutschland: Im Süden und Osten wolkig und sehr mild, nur vereinzelt etwas Regen, in West- und Mitteldeutschland im Laufe des Tages stärkere Regenschauer mit Abkühlung.

## „Internationale Rundschau der Arbeit.“

Wer kann uns das Dezemberheft der „Internationalen Rundschau der Arbeit“, Jahrgang 1930, überlassen? Geil. Mitteilungen an das Redaktionssekretariat des „Vorwärts“, SB. 68, Lindenstr. 3, erbeten.



Die Eroberung der Luft

**GOLD SABA**

CIGARETTEN  
in Gold

Statt 4 Pf. jetzt **3 1/3 Pf.**

**Sie ist...**

Seit heute früh ist die berühmte „Gold Saba“ von Garbáty nach dem alten Original-Rezept wieder in allen guten Zigarrengeschäften erhältlich.

Die nach langwierigen Versuchen von uns geschaffene **Humidor** ständig frisch Händler-Packg bewahrt die besonders aromatische, daher auch sehr empfindliche Mischung vor jedem schädlichen Einfluß von Feuchtigkeit, Hitze oder Kälte.

So bleibt dem Raucher der Genuß dieser berühmten Mischung voll erhalten.

Bitte machen Sie einen Versuch!

Extra starkes **Ägypter-Format**





# Die Nazis lassen die Maske fallen.

### Ihr Wirtschaftsaufbau: rein kapitalistisch, politische und soziale Knechtschaft, keine Sozialpolitik, Kriege in Permanenz.

Jahrelang haben die Nazis es nicht gemagt, offen zu sagen, was sie eigentlich wollen. Jahrelang haben sie sich darum gedrückt, ehrliche Antwort auf die Frage zu geben: Wie hältst du's mit dem Sozialismus? Die Hoffnung, in der arbeitenden Bevölkerung mit der Vorpiegelung sozialistischer Ziele noch Anhänger zu gewinnen, scheint mit dem völlig mißlungenen Eindruck in das marxistische Lager jetzt aufgegeben zu sein. Die Nazis sehen jetzt den Zeitpunkt gekommen, in dem sie

die letzte Rücksicht auf die Lebensinteressen und Ideale der arbeitenden Bevölkerung fallen lassen können, um dafür um so offener ihren kapitalistischen Charakter zu offenbaren und ihren schmerzlichen und großartigen Geldgebern den Beweis ihrer heroischen Eignung zur Verfechtung der großkapitalistischen und großagrarischen Interessen zu liefern.

Freilich wagen sie noch immer nicht, ihre Diktaturgelüste offen zu bekennen. Sie drücken sich noch immer vorsichtig um die Frage herum, ob in ihrem Dritten Reich alle Staatsgewalt vom Volke oder vom braunschweigischen Regierungsrat Hitler ausgehen soll. Aber von dem großen Geheimnis, wie sie sich den Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich vorstellen, ist in einer unter diesem Titel veröffentlichten Broschüre der Schleier gefallen. Sie ist verfaßt von Dr. Alfred Pfaff, Mitglied des Reichswirtschaftsrats (!) der NSDAP. An ihrem parteiamtlichen Charakter braucht also kein Zweifel zu bestehen. Hier werden endlich offen und brutal alle entscheidenden wirtschaftspolitischen Ziele der Nazis eingestanden, wenigstens im einzelnen noch sehr viel absichtliche Unklarheiten und Verschleiierungen übrig bleiben.

**Der Kernpunkt des Wirtschaftsprogramms: die kapitalistische Wirtschaftsordnung, bleibt völlig unangetastet bestehen.**

Die Freiheit der kapitalistischen Wirtschaft, die Freiheit des kapitalistischen Betriebs wird als Ziel propagiert. Diese Freiheit wird zwar dahin eingeschränkt, daß sie ihre Grenze am Wohl der Allgemeinheit finden soll; das ist aber nichts anderes, als was seit jeher in jedem kapitalistischen Staat geschah. Entscheidend ist aber: von irgendeiner Verstaatlichung von Trusts, Konzernen usw. ist mit keinem Wort mehr die Rede. Selbst die Forderung nach Verstaatlichung der Großbanken ist verschwunden, die nach vor 1 1/2 Jahren von der nationalsozialistischen Reichsregierung erhoben wurde. Wie viel Geld haben die Nazis für diese Zugeständnisse geschuldet?!

Um sich keine Blöße zu geben, ist Pfaff vorsichtig genug, mit keinem einzigen Wort vom Bankwesen und vom Finanzkapital zu sprechen.

Die „Brechung der Zinsknechtschaft“, die einst im Nationalsozialismus als die stählerne Achse, um die sich alles dreht, als das Flammenzeichen aus dem Chaos, als die Lösung der sozialen Frage beklungen wurde, ist aus dem Wirtschaftsaufbau des Dritten Reiches ebenso lang- und klanglos verschwunden, wie jegliche Anwendung des Wortes „sozialistisch“ auf prinzipielle Vermieden wird.

Die stolzen Jugendträume, die freilich immer so vermögen waren, wie nur Träume sein können, und so phrasenhaft und hohl, wie Träume niemals sein können, sind ausgeblüht!

Was aber ist geblieben? Was wollen die Nazis nun wirklich in ihrem Dritten Reich?

Um es auf eine kurze Formel zu bringen: nichts anderes als den italienischen Faschismus mit seinem sagenhaften korporativen Staat, nämlich die sogenannte „ständische Wirtschaft“. In Italien besteht der korporative Staat lediglich darin, daß neben dem politischen Scheinparlament ein Scheinparlament der Wirtschaftsoverbände steht, während alle wirkliche Staatsmacht uneingeschränkt in den Händen der faschistischen Diktatur liegt. Nichts anderes erstreben die Nazis mit ihrer ständischen Wirtschaft. Die einzelnen „Wirtschaftsstände“ — Industrie, Landwirtschaft usw. — sollen in Ständekammern, Wirtschaftsbezirken und im Reichswirtschaftsrat gegliedert sein. Aber alle diese Körperschaften fallen nur beratende Stimme haben. Sie werden von beamteten Präsidenten beherrscht, die ihre Direktiven von der Regierung empfangen, und dieser ist die letzte Entscheidung in die Hand gegeben.

Das ständische Prinzip des Wirtschaftsstaats ist, wie im italienischen Faschismus, keine Fassade und dient nur zur Verschleiierung des Bündnisses zwischen den kapitalistischen Mächten und der faschistischen Diktatur.

Aber die Arbeiter und Angestellten, wie sind sie in dieses angeblich ständische System eingeschaltet? Stellen sie nicht auch einen Stand dar, der durch ihre Verbände, die Gewerkschaften, repräsentiert ist? Davon ist gar keine Rede.

**Das Wort Gewerkschaft kommt überhaupt nicht vor. Selbst die Einrichtung des Betriebsrats soll im Dritten Reich zerfallen werden.**

Das Wort Betriebsrat bleibt zwar bestehen. Aber im Betriebsrat soll auch — der Arbeitgeber vertreten sein, in „Arbeitsgemeinschaft“ mit den Arbeitnehmern, die so weit geht, daß es in diesem „Betriebsrat“ gar keine Abstimmungen gibt. Entscheidungen können also nur mit dem Einverständnis des Arbeitgebers zustande kommen. Dasselbe gilt dann auch für die Ständekammern usw., in denen zwar die Arbeitnehmer vertreten sind, Abstimmungen aber nicht vorgenommen werden sollen.

Was hat das Dritte Reich der arbeitenden Bevölkerung sozialpolitisch zu bieten?

Streiks sind gesetzlich und werden mit schwersten Strafen geahndet. Der Arbeitslohn wird nach dem Leistungsprinzip festgesetzt, aber so, daß als unterste Stufe nur gerade die Leistung des nackten Lebens zu gelten hat und keine „Annehmlichkeiten“ darüber hinaus. Ueber die Obergrenze der Einkommen und über die Profile wird nichts gesagt. Für die Arbeitszeit wird „jedes starke System und jede naturwidrige Gleichmacher“ abgelehnt. Genau wie der Kampf der Schmarotzer gegen den „schmarotzigen Wohlstand“. Bei der Anerkennung von Verträgen sollen Unterführungen nur gemacht werden, wenn die Kräfte des Leidenden versagen! Die Arbeitslosenversicherung wird durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht und durch die Abschaffung der Frauennarbeit in der Industrie überflüssig und daher abgeschafft.

Wie man also sieht — es ist zum Lachen —, sind die Nazis zwar nicht mehr sozialistisch, dafür aber — „sozial“: sozial wie die aller-ärgersten Schmarotzer der Schwerindustrie. Dafür haben diese die Genugtuung, daß sie als Geldgeber der Nazis wenigstens ihr Geld gut angelegt haben!

Natürlich darf in einem Nazi-Programm die Autarkie nicht fehlen.

Wohl hat es sich selbst bei den Wirtschaftstheoretikern der Nazis schon herumgesprochen, daß die deutsche Wirtschaft absterben muß, wenn ihr die Einfuhr der in Deutschland nicht vorhandenen Rohstoffe abgeschnitten wird. Aber hier gibt es ein einfaches Rezept:

**es müssen so viele Kolonien angeeignet werden, daß alle Rohstoffe von dort bezogen werden können.**

Deutschland muß also den Kongo erobern, um sich das nötige Kupfer zu beschaffen, die malaiischen Inseln, um Zinn zu gewinnen usw. Und das Kapital zur Gewinnung dieser riesigen Rohstoffmengen verschafft man sich ebenso spielend leicht wie das Kapital, das notwendig ist, um all die gigantischen Aufwendungen zu machen, die uns die Phantastie Pfaffs vorpiegelt, um den Ertrag der Landwirtschaft zu steigern (Trodenlegung des Frischen Hafes, Rekultivation der Hälfte des gesamten Bodens, Aufforstung von Bergland, Aufzucht von Des- und Moorlandes usw. usw.)

Und wenn selbst diese legendenhaften Ertragssteigerungen nicht genügen, um den Nahrungsbedarf der wachsenden deutschen Bevölkerung zu decken? Dafür haben die Nationalsozialisten noch ein anderes Rezept:

**„die Grenzen Deutschlands so weit nach Osten zu verlegen, daß auf lange Zeit hinaus der Bevölkerungszuwachs auf diesem neu erworbenen . . . Gebiet ernährt werden kann.“**

Und wie verlegt man eine Grenze? Nun, entweder cinigt man sich mit dem Nachbar „auf friedlichem Wege“ — in wie friedliche Lämmer können sich die Naziwölfe verkleiden — oder „falls wider Erwarten (!) solche Möglichkeit nicht gegeben sein sollte“, dann erfolgt

der „Appell an das Schwert“! Das ist nicht nur eine Notwendigkeit, so heißt es, sondern auch Recht, nämlich das gute Recht des Stärkeren, dem der Schwache weichen muß, wie in der Natur, so auch bei den Völkern!

Wenn dieser östliche Nachbar, gegen den die Nazis den Appell ans Schwert für erlaubt halten, nun Bundesgenosse findet, die stärker sind als Deutschland, was dann? Soll Deutschland es dann als das gute Recht der Franzosen ansehen, im Ruhrgebiet oder in Berlin einzumarschieren? Nach nationalsozialistischer Auffassung kann Deutschland den Franzosen dieses Recht gar nicht bestreiten; denn Pfaff sagt ausdrücklich, nachdem er von Deutschlands Recht auf die Ausdehnung der Grenzen mit Gewalt gesprochen hat: „Das Recht, das mir für uns in Anspruch nehmen, erkennen wir auch jedem anderen Volk zu. . . Hier steht Lebensrecht gegen Lebensrecht und Sieger bleibt der Stärkere.“ Was ist nach Wilhelm II. gegen Adolf den Großen, was Friedrich Nietzsche gegen Alfred Pfaff?

**So wahr es ist, daß der Sozialismus der Friede ist, so wahr ist es, daß der Nationalsozialismus der Krieg ist.**

Der Krieg nach außen wird von den Nationalsozialisten, wie unsere Güter beweisen, offen proklamiert. Man muß staunend fragen, warum sie sich darüber ausgeregt haben, als Otto Braun vor dem ersten Wahlgang zur Präsidentenwahl warnend darauf hingewiesen hat, daß ein Sieg des Nationalsozialismus eine Quelle ewiger Beunruhigung in Europa werden müßte.

Wahrlich, wenn es noch einer Aufmunterung bedürft hätte, um alle Angehörigen des arbeitenden Volkes und alle, die noch nicht verrückt geworden sind, am 10. und 24. April an die Urne zu bringen, um den Sieg der Nazis zu verhindern, hier ist sie. Der furchtbare Ausblick auf die Segnungen des Dritten Reiches, den die Nazis der deutschen Bevölkerung nun endlich eröffnen, muß auch den letzten Säumigen aufrütteln.

## Der britische Chemietrust.

### 4 1/2 nach 6 Prozent Dividende.

Die Imperial Chemical Industries Ltd., der mit 1 1/2 Milliarden arbeitende britische Chemietrust, schließt das Geschäftsjahr 1931 mit einem Rohgewinn von 4,6 gegen 3,1 Millionen Pfund ab. Der ausgewiesene Reingewinn ist mit rund 4 gegen 4,82 Millionen Pfund um etwa 17 Proz. gesunken. Die Dividende wird auf 4 1/2 gegen 6 Proz. im vorhergehenden Jahre festgesetzt.

In dem Geschäftsbericht für 1931, welches nach dem Tode des schöpferischen Gründers und Leiters, Lord Kelchets, für das Riesenunternehmen ein besonders kritisches Jahr war, wird neben allgemeinen Bemerkungen über die Rückwirkungen der Weltkrise und der speziellen englischen Krise betont, daß die Senkung des Pfundwertes eine Stärkung der Konkurrenzfähigkeit auf den ausländischen Märkten bewirkt hat. Jedoch war die Zeit bis zum Jahresabschluss zu kurz, um nachhaltigere Wirkungen hervorbringen zu können. Zu dem Abbruch des internationalen Farbenpattes wird erklärt, daß der deutsch-englische Vertrag als ein stabilisierender Faktor in Kraft geblieben sei. Die Verhandlungen mit den anderen chemischen Industrien zur Schaffung eines Weltvertrages auf dem Gebiete der Farbenproduktion hätten bisher keinen Erfolg gehabt.

## Neue Millionenverluste bei Pleß.

### Waldenburger Bergwerks-A.G. verliert das halbe Kapital.

Die zum Konzern des Fürsten Pleß gehörende Waldenburger Bergwerks A.-G. weist für das Geschäftsjahr 1930, dessen Abschluß erst jetzt sehr verspätet, bekanntgegeben wird, einen Verlust von rund 12 Millionen Mark aus. Im wesentlichen sind die Millionenverluste auf den Zwang zu hohen Sonderabschreibungen in Höhe von 8,9 Millionen Mark zurückzuführen. Bei einem Kapital von 22 Millionen ist also schon 1930 mehr als die Hälfte des Aktienkapitals verloren gegangen und die Lage dürfte sich nach der Allgemeinentwicklung im letzten Jahr noch weitgehend verschlechtern haben. Im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Waldenburger Stahlfabrikates von Pleß ist auch dieses Zechenunternehmen schon Ende 1930 an ihre Gläubiger wegen eines Zahlungsaufschubes herangetreten.

Der fürstliche Ragnot hätte sich diese katastrophale Entwicklung bei seinen Waldenburger Zechenbetrieben ersparen können, wenn er nicht noch vor wenigen Jahren auf zu hohen Roh gestiegen hätte. Als vor drei Jahren mit staatlicher Unterstützung der niederschlesische Bergwerks-trust (Niedererschlesische Bergwerks A.-G.) in Waldenburg gegründet wurde, dessen Zweck in einer Zusammenfassung des stark krispittierten und mit hohen Verlusten arbeitenden Waldenburger Steinkohlenbergbaues war, stellte Fürst Pleß für die Einbringung seiner Zechen in diesen neugegründeten Trust derart horrenden Forderungen, daß die Verhandlungen sich zerlegten. Die hereinbrechende Krise hat die Zechenbetriebe von Pleß natürlich weit schwerer getroffen als die industriell durchrationalisierten Zechen der Niederschlesischen Bergwerks A.-G.

## Guter Produktionsstand bei Opel.

### Aber noch Verluste im letzten Jahr.

Die Opel-Werke in Rüsselsheim konnten trotz der allgemeinen Verschlechterung der Absatzlage im In- und Auslande bei einer Produktion von etwa 28 000 Wagen ihren Absatz mengenmäßig gegen 1930 noch erhöhen. Der Umsatzwert des vergangenen Jahres war knapp behauptet.

Einschließlich des Anteils der ausländischen Wagen am deutschen Markt lieferte Opel 28,2 gegen 25,5 Proz. für den gesamten deutschen Bedarf, während ohne die ausländischen Wagen der Anteil Opels in Deutschland auf 33,3 Proz. stieg. Nach dem Eintritt des amerikanischen Automobilkonzerns General Motors bei Opel bot sich das Schwerkriegs nicht und nicht zum Export hin verlagert. Es bestritt Opel im letzten Jahr fast zwei Drittel, nämlich 64 Proz. des gesamten deutschen Automobilverkehrs.

Die Bilanz für 1931 liegt noch nicht vor, doch kann nach den Mitteilungen der Verwaltung mit einer starken Senkung des Jahresverlustes, der über 13,8 Millionen Mark betrug, gerechnet werden.

## Post und Eisenbahn.

### Eine Denkschrift zur Verkehrsreform.

Während der Kampf zwischen Motor und Eisenbahn nach den jetzt mehrfach aufgetauchten Forderungen der Reichsbahn, ein Betriebsmonopol für den gesamten Güterverkehr zu Lande zu erhalten, sich mehr denn je zugespitzt hat, verfaßt die Epochenorganisation der Handelskammer, der Deutsche Industrie- und Handelstag in einer neuen Denkschrift Post und Eisenbahn neue Wege für eine Verkehrsreform zu weisen.

Der Anfang dieser notwendigen Reform soll nach dieser Denkschrift bei den größten Verkehrsunternehmen, die sich zugleich auch im Besitz des Reiches befinden, gemacht werden. Es wird von der Reform die lückenlose, gegenseitige Ergänzung der verschiedenen Verkehrsmittel, eine gesunde Basis für den Wettbewerb und organische Zusammenarbeit zur Vermeidung der vielfachen Reibungsverluste gefordert.

Da Post und Eisenbahn dem Reiche gehören, wird für beide Unternehmen eine einheitliche Reichsaufsicht vorgeschlagen. Bisher wurde die Reichsbahn vom Verkehrsminister beauftragt, jedoch selbständig verwaltet, während bei der Reichspost der Postminister Aufsicht und Leitung in einer Person vereinigt. Die einheitliche Reichsaufsicht über beide Unternehmen würde in den Händen des Verkehrsministers liegen, dessen Stellung durch seine Funktion als Gemeinschaftsminister eine erhebliche Stärkung erfahren würde. Außerdem wird in diesem Zusammenhang nach die Gründung eines gemeinschaftlichen Eisenbahn-Postdirektoriums vorgeschlagen, das als Zentralstelle für die Zusammenarbeit dienen soll.

Im einzelnen werden sodann noch Zusammenfassungen für bestimmte Verkehrsarten vorgeschlagen, besonders aber der gemeinsame Kraftverkehr ausgebaut werden. Auch von einer einheitlichen Bau- und Beschaffungspolitik verspricht sich der Industrie- und Handelstag wesentliche Verbesserungen.

## Auslandsschulden sind anzumelden.

Durch eine besondere Verordnung sind alle natürlichen und juristischen Personen aufgefordert worden, ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland und dem Saargebiet anzumelden. Die Anmeldestelle für Auslandsschulden, Berlin SW. 19, Kurstraße 51, hat eine öffentliche Aufforderung erlassen, nach der die Anmeldung bis zum 14. April 1932 nach dem Stande vom 29. Februar d. J. zu erfolgen hat. Von der Anmeldung sind nur deutsche Schuldner befreit, deren Gesamtverpflichtungen den Renntwert oder den Gegenwert von 5000 Mark nicht erreichen.

Rückgängige Konturszahlen auch im März. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im Monat März 1932 durch den „Reichsanzeiger“ 975 neue Konturle ohne die wegen Massenmangels abgelehnten Anträge auf Kontureröffnung und 759 eröffnungsbefreiungsfähigen bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 1091 bzw. 789.

DD-Bank schließt Amsterdamer Filiale. Die Niederlassung der DD-Bank in Amsterdam ist am 31. März endgültig aufgelöst worden, nachdem die Liquidation dieser wichtigen Zweigstelle bereits nach der Fusion zwischen der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft eingeleitet wurde. Das laufende Geschäft der Filiale geht an das Bankhaus Albert de Vorn u. Co. über.

8 Proz. Dividende bei der Deutsche Fündwaren-Monopol-Gesellschaft. Das Unternehmen wird nach den Beschlüssen des Aufsichtsrates aus einem Reingewinn von 6,2 Millionen Mark wieder die im Monopolgebiet mit 8 Proz. festgesetzte Dividende auszahlen. Der Rest des Reingewinnes wird an das Reich überwiesen.

# Der politische Goethe

Aus dem literarischen Nachlaß von Franz Diederich

Dem noch ungedruckten literarischen Nachlaß Franz Diederichs, dessen Geburtsort heute ist, sind nachfolgende Betrachtungen über den politischen Goethe entnommen. Franz Diederich, selbst ein Dichter, und vielen unserer Genossen noch in persönlicher Erinnerung, war ein vorzüglicher Goethe-Kenner.

Die Natur war Goethes Zukunft, war ihm Keiterin und Führerin. Hier wurzelte ihm der Instinkt der Ideen, hier lag er immer wieder „frische Nahrung, neues Blut“. Sie gab ihm alles, flüxte ihm das ursprünglich-lebendige Wesen der Kunst und regelte auch sein geistliches Anschauen. Es sei nur gut, sagte er, daß sie „von ihrer Seite den Weg zur Humanität geöffnet“ habe, und sie wiederum, als Angebriff aller Wirklichkeiten, schützte ihn vor dem Sphäroclitieren in eine abstrakte Ideenwelt. Als Herders großes Werk erschienen war, schrieb Goethe dem Freunde, er „glaube, daß die Humanität endlich siegen werde, nur fürchte er, daß zu gleicher Zeit die Welt ein großes Hospital und einer des anderen humaner Krankenwärter sein werde“. Ideal und Wirklichkeit zeigten sich ihm nebeneinander, die Welt, wie sie sein sollte, und wie sie nun war. Wie war die Brücke über die ungeheure Kluft zwischen beiden zu schlagen? Er sah die Klassenschichtung der feudalistischen Gesellschaft, er sah die Verzerrung der herrschenden Kultur und fand keine Antwort auf die Frage, ob oder wie sie sich ändern werde. Noch war die Zeit nicht reif, zu erkennen, wo gesellschaftliche Verfassung wurzelt. So lehrte er der politischen Arbeit, die ganz von der feudalen Macht beherrscht und geformt wurde, früh unwillig und mißgütlich den Rücken: „Das Ganze kümmert sich nicht um uns, warum sollten wir uns nicht als billig um das Ganze belümmern?“ Er bekümmerte sich aber um so ernsthafter um die Entwicklung des einzelnen.

Dreierlei zieht sich von Jugendtagen an durch Goethes ganzes Leben: der Widerwille gegen das „schleppende geistlose bürgerliche Leben“, der Jörn über den „Wußt von Rittertum und Pfäfferei“ und die hohe Einschätzung des patriarchalisch geordneten Lebens. Er war ein Spröß der mittleren Jahrzehnte des achtzehnten Jahrhunderts, und diese Abkunft gibt seinem gesellschaftlichen Anschauen die Grundlage und Richtung bis durch das erste Drittel des neunzehnten Jahrhunderts hin, das er erleben sollte. Die Revolutionszeit revolutioniert ihn nicht, wenn sie auch im Anbeginn sein Herz hoch erhebt und ihm 1792 bei Balmn, unter dem Eindruck der ungeheuren Widerstandswut des französischen Revolutionsheeres, sogar den Ausruf entlockt: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“ In den ersten zehn Weimarer Amtsjahren hat er eingesehen, daß Fürsten keine willigen Kulturbehörden sind, aber nie ist er, der Erzieher eines Fürsten, ein Fürstentum gewesen, und in der Revolutionszeit nimmt in seinen Augen der Wert des Königtums sogar erheblich zu. Sein Humanitätsdenken idealisiert den Begriff: „Kronen gehören auf das Haupt hervorragender Menschen.“ Diese Auffassung treibt ihn dann später zur Begeisterung für Napoleon.

Wie wenig die Revolutionsfurchen seine bisher gehegten politischen Urteile ändern, verrät das Epos „Kleinere Fuhrer“, das er zum Teil niederschrieb, als er mit dem preussischen Heere gegen die Revolution im Felde lag. Derb wie das alte niederdeutsche Heldengedicht, das er in antike Versform umgibt, zog er gegen die Raubwirtschaft von König, Adel und Pfaffen vom Leder. Eine „unheilvolle Weltübel“ nannte er das Gedicht, er wollte sich daran erholen von den „Straßen, Warten und Bödelaustritten“, an denen er sich „bis zur Abscheu hatte überfüllen müssen“, und er fand es „nun wirklich erheitend, in den Hof- und Kagenienpiegel zu blicken, wo „das Menschengeschlecht in seiner ungeheuersten Tierheit sich ganz natürlich vorträgt“. Unverhohlen zeigt sich also auch sein Zorn gegen die aufrührerlich brandenden Volksmassen. Im achten Gesange, dieser kräftigen politischen Rundgebung, wirft er ihr vor, daß sie mit Gewalt nach den Rechten aller greife, und er kehrt sich gegen den „Hütel des irigen Wahns, der die Menschen ergreift, es könne jeder im Laumel seines heiligen Willens die Welt beherrschen und richten“.

Er sah das Elend der gedrückten Volksmassen deutlich genug. Als ihm der junge, noch untreife Herzog von Weimar in den ersten Jahren seiner ministeriellen Arbeit freie Hand ließ, hatte er eine ganze Reihe antisfeudaler Reformen versucht, die darauf ausgingen, dem unteren Volke den Saft von den Schultern zu nehmen; aber dann hatte der Herzog angefangen, seine Pläne zu kreuzen und zu vereiteln, und Goethe gab die Durchführungen seiner Absichten mit bedrücktem Gefühl als aussichtslos auf. An Anebel hatte er 1782 geschrieben: „Ich selge durch alle Stände aufwärts, sehe dem Bauernmann der Erde das Notdürftigste abfordern, das doch auch ein behagliches Auskommen wäre, wenn er nur für sich selbst schmilte. Du weißt aber, wenn die Blattläuse auf den Rosenzweigen sitzen und sich hübsch dick und grün gefogen haben, dann kommen die Ameisen und saugen ihnen den süßierten Saft aus den Leibern. Und so geht's weiter, und wir haben's so weit gebracht, daß oben immer in einem Tage mehr verzehrt wird, als unten in einem beigetragen werden kann.“ Und nun mußte Goethe klagen: „Hier ist alles beim alten, schade für das schöne Gebäude, das stehen könnte, erhöht und erweitert werden könnte, und leider keinen Grund hat.“ Im Faust zeichnet Goethe in dem Spruch der Holzhauser das soziale Verhältnis der unteren zu den oberen Klassen: „Denn ihr erdbrüt, wenn wir nicht schmilten“, und diese Wahrheit ergänzt den Spruch: „Wir schaffen's Eilen, sie schmieden Ketten.“ Aber das soziale Ideal, das ihm für das Leben dieser Volkschichten vorwärtsweht, hat sich in den Tagen der Rousseau-Beneizung gebildet und geht nur auf die Sicherung alter patriarchalisch geordneter friedlicher Hauszustände aus. Daß die Volksmasse berufen sein könnte, in Eigenhilfe eine Rolle auf der politischen Bühne zu übernehmen, galt ihm als unmöglich. Im „Egmont“ schon brachte er zum Ausdruck, daß er sie für durchaus unklar, unselbständig und unzuverlässig hielt. In dem Drama „Die natürliche Tochter“, in dem Goethe seine Meinungen über Revolution zusammenfassen wollte, ist gesagt, die Masse sei nicht fähig, planvoll zu handeln. Was in Frankreich geschah, erschien ihm denn auch als ein schweres Verbrechen, das ins Verderben führen mußte.

Er spähte nach Mitteln aus, die deutsche Volksmasse von dem Revolutionsgedanken zu trennen, fing an, Stücke zu schreiben, die das revolutionäre Treiben zum Gespött machen sollten, unterbrach diese Arbeit aber, als in den Reihen seiner Freunde ein lautes Murren einsetzte. Das Wichtigste dieser Stücke ist die Komödie „Die Aufgeregten“. Sie enthält sein politisches Glaubensbekenntnis, auf das er sich noch im Alter berief. Es bestand einmal darin, daß er seinen eingewurzelten Groll gegen den privilegierten Adel zu Felde schickte: „Diese Menschen, die sich über alles hinwegsetzen, ihresgleichen behandeln wie das Vieh, ohne Liebe, ohne Mitleid, ohne Furcht frech in den Tag hineintreten, so lange sie mit Menschen zu tun haben, die sie nicht schätzen.“ Der eigentliche Sinn der Komödie aber ist dieser: der Adel hat die Revolution heraufbeschworen und er hat es in der Hand, sie durch kluges Verhalten

gar nicht aufkommen zu lassen; er braucht nur den Grundlag zu befolgen und zu verbreiten, daß Besitz kein Recht gibt, unbillig und eigennützig zu handeln. Zu dieser Maxime bekehrte sich die größte Hauptperson des Stückes, sie handelt danach in eigener Sache und gelobt: „Zu keiner Ungerechtigkeit will ich mehr schweigen, keine Meinheit unter einem großen Scheine ertragen, und wenn ich auch unter dem verhassten Namen einer Demokratin verschrien werden sollte.“ Und diese Mahnung an die Oberklasse, stillsich Einkehr bei sich zu halten, ergänzt Goethe noch unten hin durch den eindringlich erteilten Rat, im Umkreis der ererbten kleinen Welt sich tüchtig zu bewähren. Im „Reineke Fuhrer“ mahnt er zu strenger Ordnung, Hausucht und Mäßigkeit, und in „Normann und Dorothea“ — 1795 — malt er das Bild dieser Tüchtigkeit in kleiner Welt mit entzückender Dichtersprache. Zugleich aber spart er an, alle Kräfte gegen die Revolution, deren schlimme Vorboten die kleine Stadt soeben erlebt hat, bereit zu halten.

Goethe hielt das Werden der Zeit im Auge. Es war ihm wichtig, die Geschichte in Verbindung mit den neuen Entdeckungen, „die man doch stets machen würde“, zu werten. Er beachtete das „überhandnehmende Maschinenwesen“, sah die „guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen“ als Vorreiter der Einigung Deutschlands an, glaubte fest an eine neue Ära als Ergebnis der Er-

Erich Gottgetreu:

## Landarzt am Großstadtrand

Ich hatte ihn auf der Universität kennengelernt, aber unsere Beziehungen überschritten damals nie die Grenzen einer oberflächlichen Bekanntschaft. Ich mußte von ihm nur, daß er der Sohn eines Berliner Arbeiters war und empfand stets große Hochachtung vor seiner beträchtlichen Intelligenz und vor der Zähigkeit, mit der er sein medizinisches Studium herbeigeht, durchgesetzt und durchgeführt hatte. Später verloren wir uns aus den Augen. Ich erfuhr nur, daß er sich irgendwo in der Nähe von Berlin als Landarzt niedergelassen hat.

Reulich trafen wir uns im Wartesaal der Welt wieder: im „Romanischen Café“.

Ja, also es ginge ihm ganz gut, erzählte er, soweit es heute eben einem Arzt gut gehen könne, seitdem die Fünftägigen-Verordnung eingeführt sei, die die Kerner nur in den dringendsten Fällen zum Arzt gehen ließe — aber die Leute hätten ihn wohl ganz gern, und er könne es in seinem kleinen Kaff schon aushalten, zumal die Entfernung von Berlin fürs Auto eine Kleinigkeit sei, also sein Leben wäre erträglich. Gelegentlich solle ich ihn doch mal besuchen. Ja, gern. Aber falls ich mit Einzelheimlichen zusammen treffen würde, solle ich von seiner proletarischen Vergangenheit nichts verlauten lassen. Raus — Klassenhütel! Nein, aber ein Landarzt müsse von dem Nimbus umschwebt sein, zumindest ein Generalsohn oder irgend so was zu sein — sonst genieße er keinen Respekt. Daß einer was kann, das wäre natürlich sehr wichtig, aber noch nicht das allein Entscheidende.

Wir kamen dann öfter des Abends im Kaffeehaus zusammen, er pflegte dann immer, wie er sich ausdrückte, „einen Schlag“ zu erproben.

Einnmal war er sehr aufgeregt. Er hatte da ein merkwürdiges Erlebnis gehabt. War da plötzlich, das Haus war schon leer, am Spätnachmittag ein Bagabund hereingeschneit: er hatte sich die Hüfte wundgelaufen und wollte verbunden werden. Der Doktor erfüllte den Wunsch, aber dann sagte der Mann: „Ja, Herr Doktor, was soll nun wern? Soll ich nu wieder weiterlaufen, keen Dach überm Kopf? Schafe, Herr Doktor, det sin hier meine Entlassungspapiere aus der Irrenanstalt in Buch, und id könnt ja hier nu mal nen Anfall markieren und Ihnen hier alles in Klump schlagen, denn müßten sie mir ja wieder in der Anstalt aufnehmen. Ru will ich Ihnen aber noch teene Angelegenheiten machen — aber was soll id nu tun?“ Der Doktor hat ihn schließlich in ein nahe seiner Wohnung gelegenes Hospiz geschickt. „Hätte was Schönes bei rauskommen können. Die Papiere waren echt . . .“

Als wir uns das nächste Mal trafen, erzählte der Doktor von anderen Besuchern.

Der einfachste Bericht kann erschüttern. Da ist zum Beispiel der erwerbslose Arbeiter, der dem Arzt etwas vorhustet, obwohl er ganz gesund ist — er will die Medizin, die ihm der Doktor verschreibt, ja auch gar nicht für sich haben, sondern für sein erkältetes Kind. Die Tragikomödie hat einen einfachen Grund: Erwerbslose brauchen die fünfzig Pfennige für den Krankenschein nicht zu bezahlen, wohl aber sind die Angehörigen von Arbeitslosen fünfzigpfennigpflichtig. Der Doktor ist ein guter Kerl, tut, als ob er nichts merkt und läßt sich auf den harmlosen Schwindel ein.

Und dann ist das doch so, erzählt der Doktor weiter, daß jeder Krankenschein zwar fünfzig Pfennig kostet, daß aber auf einen Schein die ganze Behandlung durchläuft — und wenn sie zehn oder noch mehr Konsultationen umfaßt. Da kommt also zum Beispiel auf denselben Schein, auf den ein Arbeiter erst die Halschmerzen seines kleinen Bieschens behandeln ließ, ein paar Tage später Trubchen — und der Vater denkt, der Doktor merkt's nicht.

Er merkt's aber doch. Aber er läßt sich nichts merken. Und ich erzähle dem Doktor jetzt den bekannten Scherz von dem Arzt, bei dem die erste Konsultation zwanzig Mark, jede weitere nur zehn kostet — kommt einer zum ersten Male gleich so: — „guten Tag, Herr Doktor, ich bin schon wieder da.“ — „Wie müssen lachen, aber dann stellen wir fest, wie traurig es doch ist, daß in dieser Zeit solche Scherze zwangswelke bittere Wahrheit werden.“

Soll nun die Fünftägigenverordnung helfen? Die Kassen machen geltend, es seien viel zu viel Medikamente verordnet worden, auf Kosten der Krankenkassen hätten sich die Ärzte bei den Patienten beliebt machen wollen. Vielleicht ist etwas Wahres daran. Aber mag früher der Arzt gelegentlich zu viel und zu schnell aufgesucht worden sein, heute ist das Gegenteil der Fall: oft kommen die Leute, wenn es zu spät ist.

„Und wie ist es überhaupt mit der Bezahlung?“ „Von Tag zu Tag immer schlechter“, antwortet der Doktor. Wie oft muß man noch in Nacht und Nebel hinaus auf die Landstraße, um sich die Opfer von Autounfällen vorzunehmen — und wie oft vergessen die Herrschaften später das Bezahlen! Ich soll sofort

schlitterungen zu Beginn des Jahrhunderts und erwartete sie „nicht früher als im Herbst des Jahrhunderts, in seiner zweiten Hälfte, wenn nicht sogar in seinem letzten Viertel“. Er mied energisch die Bezeichnung „Freund des Bestehenden“ als einen „sehr zweideutigen Titel“ ab, der „oft nicht viel weniger als ein Freund des Veralteten und Schließens“ heiße: „Die Zeit aber ist in ewigem Fortschreiten begriffen, und die menschlichen Dinge haben alle fünfzig Jahre eine andere Gestalt, so daß eine Einrichtung, die im Jahre 1500 eine Vollkommenheit war, schon im Jahre 1850 vielleicht ein Gebrechen ist.“

Die politischen Wirkungen dieser Entwicklung, die revolutionären Bestrebungen, mied er ab. Er sah diesen Vorgängen nicht auf den Grund. Noch 1830, nach der Aufklärung, meinte er: „Es ist nichts trauriger anzusehen als das unermittelte Streben ins Unbedingte in dieser durchaus bedingten Welt.“ Aber diese Gegnerschaft, die ihn an die Seite der Reaktion brachte, verführte ihn doch nicht dazu, ihren Mitteln, „das Bestehende zu erhalten, Revolution vorzugeben“, zuzustimmen; er war ein Feind aller Bevormundung und lehnte jede Gemeinschaft ungewollt ab: „Sie nämlich rufen die Dummheit und die Finsternis zur Hilfe, ich den Verstand und das Licht.“ Die menschliche Entwicklung sollte als ein Teil der Natur freie Bahn zu stetigem Vorwärtsschreiten haben. Und wenn der erste Teil des Faust gegen die Gesellschaft die Anklage schleubert:

Rom Rechte, das mit uns geboren ist,  
Von dem ist selber nie die Frage —

so donnert nun im zweiten Teile das gewaltige Verdenswort geschichtlicher Erkenntnis:

Gefeg ist mächtig,  
Rächtiger ist die Not.

liquidieren? Ja, die Autofahrer sind ein merkwürdiges Volk, sie haben fast nie Geld bei sich —

Wia, was die Auswärtigen anbetrifft, ist der Doktor etwas verbittert. Ebenjowenig wie der selbige Wasser- und Bauern doktor Priesnig glaubt er an Dankbarkeit: „Wenn ich heute auf Reisen ginge, würde ich sorgfältig allen ausweichen, denen ich das Leben gerettet habe.“

Nun wieder mein Priesnig: „Weitens hab' ich ja Klassenpatienten. Die Sache ist nicht gerade übersichtlich: in einem so großen Dorf, wie ich es bewohne, können in einem Vierteljahr die Scheine von etwa dreihundert verschiedenen Klassen zusammenkommen. Die Berechnung geschieht nicht direkt, sondern durch den zuständigen Herzog. Zum Kassenhonorar kommt dann, wenn es sich um Besuche in einem Nachbardorf handelt, eine Gebühr für die mit dem Auto zurückgelegte Strecke; früher sollen mal eine Zeilang die Autos von Landärzten steuerfrei gewesen sein, man sollte das wieder einführen. Oft bekommt man dann auch noch einen Naturlohn, die Leute aus dem Dorf sind sehr anhänglich, schicken mir gern Äpfel, Birnen, Eier, auch gelegentlich eine besonders große Tomate oder Kartoffel, die als Gartenwunder zu bezaubern ist. Und etwas besonders hübsches erlebte ich neulich: Kommt da einer zu mir und läßt sich verbinden, offenbar war er bei einem Einbruch angakoffen worden. Bezahlen konnte er aber nicht. Sagt er: „Ja, Herr Doktor, wie machen wir det mit?“ Sag' ich: „Na, Sie können mir ja was schicken“ — und zwei Tage später schickt her unbekanntes Dieb durch ein Kind von der Straße zehn Mark. „Det war fürs Verbinden nützlich —“

Als wir uns das nächste Mal treffen, sprechen wir noch einmal von diesem Einbrecher, der sich seinem Arzt gegenüber so moralisch gezeigt hat. Koch kommt die Rede auf das heute so oft erörterte Thema des „ländlich-sittlich“. Der Doktor ist belesen, er zitiert eine schöne Stelle aus dem „Vandort“ von Volzger: „Die einfachen Sitten sind wohl in allen Ländern ungefähr die gleichen. Das Wahre hat nur eine Form. Zwar tötet das Landleben viele Gedanken, aber es vermindert das Verbrechen und entfaltet die Tugend. Denn je weniger Menschen auf einen Punkt zusammenge drängt sind, desto weniger Verbrechen, Delikten und schlechten Bestimmungen begegnet man. Die Reinheit der Luft trägt zur Einfachheit der Sitten bei.“

Ist das heute noch alles wahr? Nein, ganz gewiß nicht mehr. Es ist zwar richtig: Rot ist weitgehend eine Grundlage der Kriminalität und begünstigt sie — aber auf dem Lande ist die Rot heute auch schon sehr groß und der gelegentliche „reiche Bauer“ ist meist ein Großgrundbesitzer, der, im Winter wenigstens, in der Stadt wohnt. Aber auch praktisch ist der Vandort bei Berlin heute der Arzt einer städtischen Bevölkerung. Viele seiner Patienten haben Arbeit in den Fabriken der Berliner Vororte, und haben sie dort nicht Arbeit, so doch Verwandte, Vereine, Vergnügungen: sie wohnen auf dem Lande, aber sind keine Ländler.

„Und wie ist es mit dem Paragraphen 218?“ „Im Anfang kamen schwangere Frauen zu mir. Aber dann hat sich's herumgesprochen, daß der Doktor keine schiefen Sachen macht — nun wird's auch nicht mehr von ihm verlangt.“

Damit ist freilich das Problem nicht gelöst. Aber ein Vandort bei Berlin kann es wohl auch schwer lösen. Ich erzähle den Fall des jüngst verstorbenen unbekanntes Landarztes, dessen Originalaktenbuch in einer Form, die jede Identifizierung der Beteiligten unmöglich macht, dem Archiv des Sozialhygienischen Seminars der Universität Berlin überwiesen wurde. Die Kartothek enthält ausführliche Berichte über 426 innerhalb eines Jahres vorgenommene Schwangerschaftsunterbrechungen. Der Doktor bewundert den Mut.

Eines Tages war ich bei ihm draußen. Ich sollte mir Ne „hohle“ mal ansehen. In den Wänden des Wartezimmers hingen lauter naturalistische Bilder, die Leute sollen „ordentlich was anzusehen haben“. Sonst waren die in einen Reuban eingepferchten Räume mehr junggejellig als gefällig, Spredy- und Kartezimmer sollen nur noch einen dritten Raum zum Schlafen; drei lange Wandstühle bergen proflorisch die zum größten Teil auf Luftsauren erleierten Brunnstüde einer erhofften späteren größeren Wohnung. Ein Bild aus dem Fenster: Hinter breiten Bäumen hüben braune Felder, weite Wiesen. Wenn es Nacht wird, denke ich, hat der Landarzt mehr Himmel, mehr Sterne als mir in der Stadt. Und mehr Stille —

Aber als wir uns drei Tage später wieder im „Romanischen“ treffen, erzählt der Doktor nichts vom Sterben des Sommers, sondern von der Geburt der Rot. berichtet, daß er gerade eine ärztliche Untersuchung der Schulklaffen durchgeführt habe: viel Mädelchen sah er, viel Unterernährung viel Elend, das auch seine von vorgeschriebener Sparfameit diktierten Rezepte nicht ändern können — das sei alles so ansehnlich deprimierend —

Ja, ich glaube, da könnten wohl Tage, an denen der Landarzt kaum daran denkt, zu den Sternen aufzusehen.